

Protokoll der 51. Bundesmitgliederversammlung

Antragsteller*in:

Tagesordnungspunkt: 2.7. Bestätigung des Protokolls der 51. BMV



Protokoll

51. Bundesmitgliederversammlung

Campusgrün

Bundesverband grün-alternativer Hochschulgruppen

Beginn: 17.05.2025, 14:00 Uhr

Ende: 18.05.2025, 14:05 Uhr

Ort: Grünes Quartier, Heinrichstraße 9, 04317 Leipzig

Präsidium / Redeleitung: Theresa Dissen, Naomi Hofmann, Elias Enderlein, Maximilian Gravendyk, Rosa Herzog, Elia Pourmoin & Patricia Rickert

Protokollführung: Boldizsár Mann, Daniel Cruismann, Feo Böcker

Anwesende Gruppen:

- CampusGrün Freiburg
- Grüne Liste der BHT
- CampusGrüne Kiel
- Campusgrün Erlangen-Nürnberg
- CG FU Berlin
- Campusgrün Mainz (nicht stimmberechtigt)
- campus.grün Lüneburg
- GRAS Bochum
- GHG Aachen (nur als Gast: Marco)
- campus:grün Köln
- CampusGrün TU Dortmund (Antrag auf Aufnahme)
- Links-Grüne Liste Bonn
- GHG Duisburg-Essen
- GHG Heidelberg
- Campusgrün Leipzig
- CampusGrün Münster
- Campusgrün Paderborn
- Campusgrün Paderborn
- Grüne Hochschulgruppe Passau
- GHG Potsdam
- GHG Regensburg
- Campus Grün Trier (Antrag auf Aufnahme)
- Grüne Hochschulgruppe Universität Würzburg
- Campus Grün Lübeck (Antrag auf Aufnahme)

Inhaltsverzeichnis

TOP 1: Begrüßung	5
TOP 2: Formalia	5
2.1. Wahl des Präsidiums	5
2.2. Anstimmen über Formalia	6
Feststellung der Beschlussfähigkeit	6
Wahl der Protokollant*innen	6
Wahl der Zählkommission	6
Bestätigung der Tagesordnung	6
Änderungsantrag zur Tagesordnung von CG FU Berlin	6
Verfahrensvorschlag für die BMV zu Redezeiten	7
Allgemeine Hinweise	8
2.3 Vorstellung Awarenesssteam	8
2.4 Bestätigung des Protokolls der 50. BMV	8
Top 3: Bericht des Bundesvorstandes	9
3.1 Aussprache zum Bericht	11
Top 4: Verwaltungsblock	15
4.1. Aufnahme neuer Mitgliedsgruppen	15
A2 Aufnahme von Campus Grün der Universität Trier in den Bundesverband	15
A3 Aufnahme von CampusGrün TU Dortmund in den Bundesverband	15
D2 Aufnahme von Campus Grün Lübeck in den Bundesverband	16
Feststellung der Dringlichkeit	16
Zum Aufnahmeantrag	16
4.2. Rechnungsergebnis / Jahresabschluss 2024	17
4.3. Nachtragshaushalt	17
Top 5: Antragsblock	19
5.1. Leitantrag	19
A4 Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis! (Bundesvorstand)	19
Einbringung	19
Aussprache	19
Aussprache zum Verfahren	19
Aussprache	20
Ä1 zu A4 (campus.grün Lüneburg)	20
Ä2 zu A4 (campus.grün Lüneburg)	21
Ä3 zu A4 (campus.grün Lüneburg)	21
Ä21 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)	21
Ä4 zu A4 (CampusGrün Münster)	22
Ä5 zu A4 (CampusGrün Münster)	23
Ä8 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)	24
Ä6 zu A4 (GRAS Bochum)	24
Ä7 zu A4 (GRAS Bochum)	24

Ä9 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	25
Ä10 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	25
Ä11 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	26
Ä12 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	27
Ä13 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	27
Ä14 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	28
Ä15 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	28
Ä16 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	28
Ä17 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	29
Ä18 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	29
Ä19 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	30
Ä20 zu A4 (Campus Grün FU Berlin).....	31
Ä23 zu A4 (campus:grün Köln).....	31
Ä24 zu A4 (campus:grün Köln).....	32
Ä25 zu A4 (GHG Würzburg).....	32
Ä22 zu A4 (GHG Würzburg).....	32
Gesamtabstimmung zum Leitantrag A4.....	32
5.2. Weitere Anträge.....	37
A1 NAMs in die Hochschullehre! (Links-Grüne Liste Bonn).....	37
Ä1 zu A1 (Links-Grüne Liste Bonn).....	37
Endabstimmung.....	37
A5 Satzungsänderungsantrag (Bundesvorstand).....	39
Ä1 zu A5 (GRAS Bochum).....	40
Ä2 zu A5 (CampusGrün Münster).....	40
Ä3 zu A5 (CampusGrün Münster).....	41
Ä4 zu A5 (CampusGrün Münster).....	41
Ä5 zu A5 (CampusGrün Münster).....	41
Ä6 zu A5 (Campusgrün Bundesvorstand).....	41
Ä7 zu A5 (campus.grün Lüneburg).....	42
Endabstimmung.....	42
A6 Keine Wahlaufrufe für einzelne Parteien oder Kandidat*innen - CampusGrün Münster.....	43
Ä1 zu A6 (Campusgrün Bundesvorstand).....	45
Ä2 zu A6 (CampusGrün Münster).....	46
Endabstimmung.....	46
A7 Autonomie der Mitgliedgruppen - CampusGrün Münster.....	47
Ä1 zu A7 (Campusgrün Bundesvorstand).....	47
Ä2 zu A7 (CampusGrün Münster).....	48
Endabstimmung.....	49
A8 Queere Bildungspolitik an Hochschulen fördern und strukturelle Diskriminierung bekämpfen! (CampusGrün Münster).....	50
Ä1 zu A8 (CampusGrün Münster).....	51

Ä2 zu A8 (campus.grün Lüneburg).....	52
Ä3 zu A8 (campus.grün Lüneburg).....	52
Ä4 zu A8 (GHG Würzburg).....	52
Ä5 zu A8 (GHG Würzburg).....	52
Ä6 zu A8 (CampusGrün Münster).....	53
Endabstimmung.....	53
A9 Rassismus und Polizeigewalt benennen, bekämpfen und mit Opfern solidarisieren! (CampusGrün Münster).....	56
Ä1 zu A9 (GRAS Bochum).....	56
Ä2 zu A9 (LGL Bonn).....	56
Ä3 zu A9 (GHG Würzburg).....	56
Ä4 zu A9 (GHG Würzburg).....	57
A10 Kostenloses Semesterticket jetzt! (CampusGrün Münster).....	57
Ä1 zu A10 (campus.grün Lüneburg).....	57
Ä2 zu A10 (GHG Würzburg).....	57
A11 Studentischer Wohnraum? (CampusGrün Münster).....	58
Ä1 zu A11 (campus.grün Lüneburg).....	58
Von Zeile 11 bis 13:.....	58
Ä2 zu A11 (CampusGrün FU Berlin).....	58
D1 Keinen Schritt nach Rechts – Kooperationen und Konsequenzen (campus:grün köln).....	59
Feststellung der Dringlichkeit.....	59
Einbringung.....	59
Ä1 zu D1 (campus:grün köln).....	61
Ä2 zu D1 (GRAS Bochum).....	61
Endabstimmung.....	61
Top 6: Gruppenfoto im Park.....	63
Top 7: Kennenlernen, Essen & ESC-Party.....	63
Top 8: Workshop-Phase und Dankesworte.....	64
Top 9: Grußwort fzs.....	65
Top 10: Abschluss & Verabschiedung.....	67

TOP 1: Begrüßung

Constantin (Sprecher Bundesvorstand) begrüßt die anwesenden Mitgliedsgruppen, Delgierte, Gäst*innen, etc. und heißt sie herzlich willkommen auf der 51. Bundesmitgliederversammlung. Er führt die Formalia ein:

- Mit 19 Gruppen anwesenden Gruppen sind wir beschlussfähig.
- Es wurde form- und fristgerecht geladen, Antragsschluss war der 02.05.2025. Danach seien zahlreiche Änderungs- und Dringlichkeitsanträge eingegangen. Darüber werde informiert werden.

Constantin bedankt sich bei Campusgrün Leipzig.

Naomi und Leo (Campusgrün Leipzig) heißen die Mitgliedsgruppen ebenfalls herzlich willkommen. Naomi stellt Campusgrün Leipzig vor und erklärt, dass sie sich dieses Jahr neu aufgestellt hätten und es geschafft hätten, eine Senatsliste aufzustellen. Hochschulen brauchen grüne Stimmen, die sich für Klimagerechtigkeit und die Wahrnehmung studentische Stimmen einsetzen.

Leo betont die Möglichkeit, sich zu vernetzen und auszutauschen und freut sich auf produktive Debatten.

Naomi stellt die Gegebenheiten des Hauses vor. Im Erdgeschoss sei Aufenthalt angedacht, oben sei für die Awarenessarbeit reserviert. Die Terrasse gehöre nicht uns, aber es sei toleriert, dort kurz und leise zu rauchen.

Naomi weist darauf hin, dass ab 22 Uhr im Haus Nachtruhe gilt.

Die einzelnen Mitgliedsgruppen werden von Naomi vorgestellt, sie geben Handzeichen und erhalten jeweils viel Applaus.

Helena (BuVo, Potsdam) heißt uns ebenfalls willkommen und stellt die Aufgaben des Präsidiums vor. Sie schlägt das Präsidium vor.

TOP 2: Formalia

2.1. Wahl des Präsidiums

Vorgeschlagen sind: Theresa Dissen, Naomi Hofmann, Elias Enderlein, Maximilian Gravendyk, Rosa Herzog, Elia Pourmoin & Patricia Rickert.

Die vorgeschlagenen Personen wurden einstimmig ohne Enthaltung in das Präsidium **gewählt**.

2.2. Anstimmten über Formalia

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Mit der Eröffnung der Mitgliederversammlung wurde die Beschlussfähigkeit festgestellt: Es sind 19 Mitgliedsgruppen anwesend. Es wurde form- und fristgerecht geladen, Antragsschluss war der 02.05.2025. Es liegen verschiedene Dringlichkeitsanträge vor, deren Dringlichkeit gemäß § 5 Abs. 1 GO vor der Behandlung der Anträge festgestellt werden muss.

Wahl der Protokollant*innen

Daniel Cruismann, Boldizsár Mann und Feo Böcker haben sich bereit erklärt.

Die genannten Personen wurden einstimmig ohne Enthaltung für das Protokoll **gewählt**.

Wahl der Zählkommission

Es haben sich folgende Personen bereich erklärt:

Laurin Weidenauer, Sofie Rehbar, Etienne Reiter, Franka Babst, Lou Otholt, Yumi Mohr

Die vorgeschlagenen Personen werden einstimmig ohne Enthaltung als Zählkommission **gewählt**.

Bestätigung der Tagesordnung

Der Versammlung ist die Tagesordnung zugegangen und wird kurz vorgestellt.

Änderungsantrag zur Tagesordnung von CG FU Berlin

Christian (CampusGrün FU Berlin):

Würde gerne nach dem Bericht des Bundesvorstands eine auf 30 Minuten begrenzte offene Aussprache einbauen. Dies sei bei eigentlich allen bundesweiten Mitgliederversammlungen so gehandhabt worden und täte unserem Verband sicherlich gut.

Gegenrede von Helena (BuVo, Potsdam):

Sie ist dagegen und würde bei der vorliegenden TO bleiben. Es handele sich um einen Bericht zur Kenntnisnahme, keinen Rechenschaftsbericht. Helena möchte darauf hinweisen, dass es viele andere TOPs gibt und die Zeit kritisch sei.

Mit 17 Ja-Stimmen, 14 Enthaltungen und 6 Gegenstimmen wird der Änderungsantrag zur Tagesordnung **beschlossen**.

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über die gesamte Tagesordnung.

Verfahrensvorschlag für die BMV zu Redezeiten

Da es auf dieser BMV sehr viele Anträge gibt, wird vom Präsidium vorgeschlagen, die Redezeiten von normalerweise 5 Minuten pro Antrag - so sieht es die GO vor - auf 2 Minuten zu beschränken. Weiterhin wird vorgeschlagen, dass nach der Gegenrede eine Aussprache von 4 quotiert gelosten Redebeiträgen zulassen wird. Falls es zu persönlichen Angriffen kommt, soll die angegriffene Person direkt gehört werden. Bei Änderungsanträgen soll aber die Gelegenheit der Erwiderung durch die Antragsteller*innen zulassen werden, also auch eine Gegenrede möglich sein. Für die Redezeiten wird aufgrund dessen folgendes Verfahren vorgeschlagen:

Antragseinbringung: 2 Minuten darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten.

Leitantrag: 5 Minuten Einbringung und darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten.

Nachtragshaushalt: 5 Minuten Einbringung und darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten.

Jahresabschluss: 5 Minuten, keine Aussprache

Aufnahmeanträge der verschiedenen Hochschulgruppen: 5 Minuten Einbringung und darauf folgen 4 quotiert geloste Redebeiträge zu je 2 Minuten.

Einbringungsverfahren Hauptantrag

01. Behandelt werden die Anträge nach Eingang
02. Einbringungsrede Hauptantrag, 2 Minuten (s.o.)
03. Gegenrede zum Hauptantrag, 2 Minuten
04. Aussprache Hauptantrag, zunächst 2 quotiert, 2 offene Beiträge à 2 Minuten mit ausdrücklichem Hinweis, dass auch durch GO-Antrag oder auf anraten des Präsidiums eine weitere Aussprache zugelassen wird

Eingeschobenes Verfahren zu ÄA

05. ÄAs nach Eingang, bei gegenseitigem Ausschluss nach Weitestgehendem
 06. ggf. Einbringungsrede des ersten ÄA1
 07. Gegenrede zu ÄA 1
 - keine Aussprache
 08. ggf. Einbringungsrede des ersten ÄA2
 09. Gegenrede zu ÄA2
 - keine Aussprache
 - [...]
 10. Abstimmung über ÄAs, bei mehreren, zunächst der Weitestgehende
- Schlussverfahren Hauptantrag

11. Abstimmung über den (ggf. geänderten)

Bei wenigen Enthaltungen und wenigen Gegenstimmen wird das vorgeschlagene Verfahren zu den Redezeiten mit großer Mehrheit bestätigt.

Allgemeine Hinweise

Es folgen abschließend ein paar Hinweise für BMV-Erstis:

Das Präsidium führt eine FINTA*- und eine offene Redeliste. Für Redebeiträge könnt ihr euch in die entsprechenden Boxen einwerfen. Der offenen Redeliste werden alle Menschen zugeordnet, die sich nicht als Frau, inter, nicht-binäre, trans oder agender Person definieren. Die Sitzungsleitung erteilt abwechselnd einer Person der FINTA*- und offenen Redeliste das Wort, beginnend mit der FINTA*-Redeliste. Personen von der offenen Redeliste können nicht vorgezogen werden.

Mit dem Heben beider Hände könnt ihr jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung stellen. So könnt ihr über Verfahren - auch abweichend von dem Vorschlag des Präsidiums die Mitgliederversammlung befassen. Diese Anträge findet ihr in § 1 Abs. 2 der GO. Stellt ihr diesen Antrag, müsst ihr sofort gehört werden. Während eines Redebeitrages oder einer Abstimmung - also einem laufenden Verfahren - sind Anträge zur Geschäftsordnung nicht zulässig.

Falls ihr während der Veranstaltung weitere Fragen oder Unklarheiten zum Verfahren habt, meldet euch bitte mit beiden Händen - analog zum Antrag an die Geschäftsordnung. Dann versuchen wir Unklarheiten aus dem Weg zu räumen. Sagt bitte vorher, dass ihr eine Frage habt, damit wir zwischen GO-Anträgen und Fragen unterscheiden können.

2.3 Vorstellung Awarenessteam

Elia (Präsidium) bittet das Awareness-Team (Anna, Ella, Feo, Esther) nach vorne. Anna (Geschäftsstelle) stellt das Awareness-Team vor. Es hängt an mehreren Stellen das Awareness-Konzept aus. Anna weist darauf hin, dass wir nicht von Pronomen/Abilities ausgehen sollten. Es gibt einen Awareness-Raum, das Awareness-Team schaut regelmäßig in diesen Raum. Das Team ist an roten Namensschildern erkennbar.

Elia weist darauf hin, dass Menschen, die Interesse haben, im Awareness-Team zu sein, sich gerne bei Anna melden können. Es sei erstrebenswert, etwa 6 Awareness-Personen zu haben.

2.4 Bestätigung des Protokolls der 50. BMV

Constantin (BuVo, Leipzig):

Es liegen zwei Versionen vor, eine sehr ausführliche und eine weniger ausführliche. Dies sei erst kurz vor der 51. BMV festgestellt worden. Es sei nicht möglich gewesen, diese in der

kurzen Zeit zusammenzufügen. Außerdem sei die 50. BMV etwas hektisch gewesen. Das Protokoll müsse dementsprechend auf der 52. beschlossen werden.

Die Bestätigung des Protokolls der 50. BMV. wird dementsprechend auf die nächste BMV vertagt.

Top 3: Bericht des Bundesvorstandes

Helena und Constantin berichten (Bundessprecher:innen, Potsdam, Leipzig):

Constantin freut sich sehr, dass so viele Gruppen anwesend seien und weist darauf hin, dass die Vernetzung zwischen den Gruppen eine Schwerpunktsetzung des Bundesvorstandes war. So könne auch gut die Pluralität der verschiedenen Gruppen gut abgebildet werden.

Der neue Bundesvorstand habe sich sehr schnell zusammengesetzt und die Bundestagswahlforderungen wurden kontrovers diskutiert. Währenddessen habe man sich montags in Vorstandssitzungen getroffen und kam schnell ins Arbeiten.

Im letzten Jahr sei kein Büro besetzt worden, jetzt wurde es nach einer Ausschreibung der Stellen neu besetzt. Anna und Marco wurden eingestellt. Constantin weist auf den Posten Personalkosten im Haushaltsplan hin, es werde übertariflich gezahlt.

Unter dem vorigen Vorstand entstand eine Finanzierungslücke von etwa 12.000€, weil keine BMBF-Anträge (jetzt BMFTR-Anträge) gestellt worden seien. Damit wurden früher Bildungsveranstaltungen organisiert. Die Workshops am Sonntag seien vom Verein DAKS rein intern kostenlos angeboten worden.

Es seien außerdem diverse Arbeitsstrukturierungen vorgenommen worden. Die Newslettergruppe wurde erstellt. Hier gibt es fast wöchentlich Updates aus dem Vorstand. Die 10 Pressemitteilungen seien ebenfalls über die Newslettergruppe und den aktualisierten Presseverteiler verteilt worden. Es wurde eine Vorstände-Austausch-Gruppe erstellt, die lebhaft arbeite. Außerdem wurde die Website professionalisiert.

Helena (Bundesvorstand) berichtet.

Der neue Bundesvorstand wurde gewählt und habe sich im Januar zur Klausurtagung in Berlin getroffen. Man habe sich kennengelernt und Aufgaben verteilt.

Im Januar begann die intensivste Zeit. Durch die Kurzfristigkeit der vorgezogenen Bundestagswahl, blieb nicht viel Zeit, um auf Die Grünen einzuwirken.

Es wurde viel Lobby- und Pressearbeit geleistet, u.a. Mit dem RTL ein YouTube-Beitrag zum Wahlverhalten junger Menschen erstellt. In der Social-Media-Arbeit sei der Fokus auf Instagram gelegt worden, es wurden viele Reels gedreht. Dadurch sei viel Reichweite

erzeugt worden: Insgesamt 155.000 Aufrufe. 71% der Aufrufe kämen von Nichtfollower*innen.

Wie auf der letzten BMV beschlossen, sei der Bundestagswahlkampf der Grünen kritisch begleitet worden. Man hatte 2 Delegiertenplätze in der Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik (BAG WHT) der Grünen und sei dort an der Ausarbeitung des Wahlprogramms beteiligt gewesen.

Es wurden zahlreiche Änderungsanträge am Wahlprogramm der Grünen gestellt. Der Antrag zum Elternunabhängigen BAföG wurde übernommen, der zur Entkopplung des Semesterticketpreises vom Deutschlandticket wurde übernommen. Außerdem habe man sich für Digitalisierung und Förderung des Ostens als Wissenschaftsstandort eingesetzt. Es habe Druck gegeben, die Anträge zurückzuziehen, aber nach vielen Verhandlungen wurde einiges übernommen.

Constantin bedankt sich bei Helena für die Arbeit im Rahmen der Antragsverhandlung.

Es wurden Wahlprüfsteine zu den Wahlprogrammen demokratischer Parteien erstellt. Die Grünen waren die einzige Partei, die das Deutschlandsemesterticket in ihrem Wahlprogramm gefordert haben.

Constantin führt weiter aus:.

Es sei ein Ziel gewesen, die eigenen Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen, dies geschah unter anderem proaktiv über Instagram.

Das Design der Postkarten sei Vorstandsintern eine knappe Entscheidung gewesen. Die Rückmeldungen des Verbands waren überwiegend positiv, teilweise kam Kritik bzgl. der Kurzfrisrigkeit der Aktion sowie zum Aufdruck auf. Die Aufschrift „Grün wählen“ wurde kritisch aufgefasst. Zwar sei die Karte vor Versendung in die Vorständeaustauschgruppe gepostet worden und die Hochschulgruppen hätten auch abbestellen können - dennoch entschuldigt sich Constantin für das Vorgehen und den Aufdruck.

Dennoch war die Aktion, so sehr auch intern kritisiert, ein großer Erfolg in der Außenwirkung. Erstmals war Campusgrün an allen Hochschulstandorten präsent, um bundesweit Werbung für Campusgrün mit 55.000 Flyern zu organisieren.

Dabei habe es auch Gruppen gegeben, die sich nicht über die Postkarten gefreut haben. Es war dem Bundesvorstand nicht in dem Maße klar, dass einige Gruppen die Postkarten nicht wollten. Die Kommunikation lief nicht optimal. Beim nächsten Mal verfare man anders.

Helena bietet es noch an, dass die Mitgliedsgruppen sie persönlich ansprechen können, falls weiterhin Gesprächsbedarf bestehen sollte.

Der Bundesvorstand hat sich mit dem Deutschen Studierendenwerk (DSW) auf der entsprechenden Mitgliederversammlung und bei weiterem Austausch vernetzt. Der Bundesvorstand hat außerdem ein Amtsantrittsgespräch mit dem Vorstandsvorsitz (DSW) geführt und viele Gemeinsamkeiten in der kommenden Arbeit gefunden.

Der Bundesvorstand war an mehreren BAG-WHT-Treffen beteiligt und hat Lobbyarbeit bei mehreren Landesgruppen der Grünen geleistet, wo man vor allem mit Studierenden gesprochen hat. Ziel ist das Aufbauen weiterer Hochschulgruppen im Osten.

Außerdem habe sich der Bundesvorstand mit der Heinrich-Böll-Stiftung vernetzt.

Außerdem fuhren Helena und Constantin vor der Bundestagswahl durch Deutschland und haben die Mitgliedsgruppen besucht. Constantin freute sich über den Austausch in Präsenz, die intensiven 5 Tage in 13 Städten seien ausgesprochen bereichernd gewesen. Viele Mitgliedsgruppen haben Probleme, Neumitglieder zu finden. Viele Gruppen waren an Merchandise oder Sticker interessiert. Die unterschiedlichen Probleme von Sanierungsstau über Burschenschaften oder Klimagerechtigkeit an der Uni habe man mitgenommen und in die Vorstandsarbeit aufgenommen.

Constantin bedankt sich bei den Gruppen für ihre Gastfreundschaft. Campusgrün war fast überall die stärkste oder zweitstärkste Fraktion und in fast allen ASTen vertreten. Dieser Einfluss sei toll.

Im Gegensatz zum alten Bundesvorstand hat der neue Vorstand 6 BMBF-Anträge gestellt. Constantin erzählt führt kurz in die einzelnen Themen ein.

Ben kann leider erst am Sonntag anwesend sein. Helena berichtet von den monetären Verhandlungen mit den Grünen. Der Bundesvorstand hat mit der Schatzmeisterin der Grünen den Haushalt um 5.000€ aufstocken können. Paul (Social Media) wurde eingestellt.

BMV-Orga war viel Arbeit. Helena dankt dem Büroteam.

Es gibt Applaus.

Ideen über die Vernetzung der Gruppen untereinander sollen am Sonntag diskutiert werden. Es gibt leider nur sehr wenige Gruppen im Osten, diese haben mit strukturellen Problemen zu kämpfen.

Ein mögliches Konzept wären Mitgliedsgruppenpartnerschaften: Je zwei Mitgliedsgruppen unterstützen sich gegenseitig. Die Idee soll am Sonntag diskutiert werden, Input ist erwünscht.

3.1 Aussprache zum Bericht

Elia (Präsidium):

erklärt das Verfahren. Für die Aussprache könne man nach vorne kommen.

Rosa weist darauf hin, dass man Beiträge zurückziehen könne.

Janne (Lüneburg):

Janne dankt für die Arbeit des Präsidiums. Was nicht so gut lief, war die Postkartenaktion. Janne hätte sich mehr Einbindung der Mitgliedsgruppen gewünscht und hofft, dass es wirklich nicht noch einmal vorkommt. Der Umgang mit dem Feedback sei hingegen professionell gewesen. Janne hofft, dass solche Situationen in Zukunft vermieden werden können.

Janne fragt, ob man auch über die Anträge hinaus generell die Arbeit der Grünen kritisiert hätte.

Elia (Präsidium) erinnert daran, dass Redebeiträge auf 2 Minuten begrenzt sind.

Sebi (Münster): Möchte sich dem Lob anschließen. Bewertet die viele Arbeit positiv, das sei nicht selbstverständlich. Es sei bekannt, dass Campusgrün Münster mit den Postkarten nicht zufrieden war. Der anschließende Austausch sei hingegen positiv zu bewerten. Sebi kritisiert den Umgang des Bundesvorstandes mit dem Umgang von Campusgrün Münster. Die BMV-Anträge seien daher hart formuliert, jetzt müsse man entsprechende Konsequenzen ziehen. Man könne nicht für die Grünen werben, die Postkarten mit der Aufschrift "Grün Wählen" gehe zu weit.

[Zwischenruf Präsidium: Zeit]

Frühere BMVs seien konstruktiver gewesen, man habe sich gemeinsam hingestellt. Sebi möchte kein Gegeneinander haben.

Ella (Bundesvorstand): zieht zurück.

Die FLINTA-Box ist leer.*

Tim (Regensburg):

Letztes Jahr habe man in Regensburg zu zweit den Wahlkampf geführt und die Wahl gewonnen, zusammen mit den Jusos hat Campusgrün eine absolute Mehrheit. In Bayern gibt es keine verfasste Studierendenschaft, wodurch strukturelle Probleme entstehen. Tim bemängelt die Vernetzung in Bayern, die bisher nur themenspezifisch war. Nur weil Campusgrün im AStA vertreten ist, heißt das nicht, dass die Mitgliedsgruppe die gleichen Kompetenzen hat wie woanders. "Man müsse auch an Bayern denken"

Die Postkartenaktion werfe insgesamt ein schlechtes Licht auf den Bundesverband.

Ella (Bundesvorstand):

Fragt, welche Mitgliedsgruppen die Mitgliederstärksten sind, weil ihre Mitgliedsgruppe an der BHT Berlin große Probleme hat, Mitglieder zu gewinnen.

Die FLINTA-Box ist leer.*

Christian (FU Berlin):

Dankt für die geleistete Arbeit. Es war ein sehr intensives halbes Jahr, die Voraussetzungen seien schwierig gewesen.

Der Wahlkampf sei jedoch deutlich zu nah an der grünen Partei gewesen. Andere Akteure hätten mehr gefordert als Campusgrün. Der Bundesvorstand hätte mehr Druck auf die Grünen ausüben müssen.

Der Wahlkampf hätte nach Beschlusslage kritisch begleitet [Zwischenruf Präsidium: Zeit] werden müssen, dies sei nicht der Fall gewesen. Man hätte weiterhin Einsatz für soziale Gerechtigkeit einfordern müssen.

Valentin (Köln):

Zwar seien die Grünen die einzige Partei, die das Deutschlandsemesterticket weiterhin fordern, aber dies sei in Kontext zu setzen: Die Linke möchte das 9€-Ticket für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende einführen. Dies hätte Erfolg gehabt, was am Wahlergebnis der Linken bemerkbar sei; man hätte dies auch fordern können.

GO-Antrag Helena (Bundesvorstand): Sofortige Schließung der Redeliste.

Es erhebt sich keine Gegenrede.

Constantin (Bundesvorstand) bedankt sich für die Kritik und gibt Valentin mit Verweis auf das Wahlergebnis recht. Die Linke habe aus einer anderen Rolle gehandelt - könne das 9€ Ticket fordern und wird es aber nie umsetzen können. Das Ziel des Bundesvorstands war jedoch, eine realistische Alternative zu bieten, mit 9€ Forderungen sei die Existenz des Tickets gefährdet.

Der Bundesvorstand habe Postkarten an die Städte, die die Karten nicht wollten, nicht versendet oder sofort zurückgerufen. Ferner beinhalte der Name "Campusgrün" bereits den Zusatz "Grün" - ob ein weiterer Button "Grün Wählen" abgedruckt sei, verändere den Wesenskern nicht.

Helena (Bundesvorstand): Berichtet von der Lobbyarbeit, die größtenteils im Hintergrund geschehe und dementsprechend für die Mitgliedsgruppen wenig sichtbar sei, die Gespräche finden fast wöchentlich statt. Man sei offen für Vorschläge, wie der Bundesvorstand die Partei kritischer begleiten könne.

Bericht vom BMV-Vorfeld: Es gab mehr Leute, mehr Anträge, einen Schritt in Richtung der Professionalisierung. Daher seien mehr Absprachen nötig. Es gäbe daher natürlich auch ein pluralistisches Meinungsbild. Dabei wolle man alle einbinden. Das sei bei 54 Anträgen eine Herausforderung.

Umgang miteinander sei gut und der Grund, dass sie bei Campusgrün sei. Dies müsse wertgeschätzt werden. Man habe sich nicht als Campusgrün einbringen können, da Campusgrün kein Antragsrecht hat. Alle Änderungsanträge liefen über Helena oder Constantin als Privatpersonen. JusosHSGen hätten Antragsrecht bei SPD, weil sie eine stärkere Anbindung an die Mutterpartei hätten.

Aktuell verhandele der BuVo auch über Antragsrechte bei der BDK, aber keine Annäherung in Sicht. Die Postkarte diene auch hier als Argumentationsgrundlage.

Weiterhin führen Helena und Constantin aus: Man nimmt Bayern Perspektive mit. Ostdeutsche Probleme seien auch weiter gefasst. Sie verweisen auf den Antrag. Und hier besteht ja Verletzungspotential.

Constantin weist auf Kapazitäten im Ehrenamt hin: Das Büroteam (15, 10, 2.5h) sei nicht einmal Vollzeitstelle, erledige aber unheimlich viel Arbeit. Constantin und Helena arbeiten auch ca. 21.5h/Woche pro Woche für den Verband. Es wird betont, dass dies nicht selbstverständlich sei, er fordert entsprechenden Umgang ein.

Top 4: Verwaltungsblock

4.1. Aufnahme neuer Mitgliedsgruppen

A2 Aufnahme von Campus Grün der Universität Trier in den Bundesverband

Laurin Weidenauer (KV Trier) bringt den Antrag ein.

Der Verband biete ein wertvolles Angebot für die Hochschulgruppen an. Gerade an einer kleinen HSG und einer kleinen Universität ist eine stärkere Vernetzung besonders wichtig, um Arbeitsfähigkeit und Sichtbarkeit sicherzustellen. Außerdem wurde betont, dass die Diskussion über die bevorstehenden Wahlen in Rheinland-Pfalz von großer Bedeutung sei und weitergeführt werden sollte.

Die Aussprache wird eröffnet, es befinden sich keine Redebeiträge in den Boxen. Es gibt keine Gegenrede gegen die Aufnahme.

Die Sitzungsleitung kommt zur Abstimmung:

Campus Grün der Universität Trier wird einstimmig ohne Enthaltungen als neue Mitgliedsgruppe in den Bundesverband aufgenommen.

A3 Aufnahme von CampusGrün TU Dortmund in den Bundesverband

Antonia van Ophuysen und Calvin Danne stellen CG TU Dortmund vor.

Die Gruppe existiert seit mindestens zehn Jahren, war jedoch bislang noch kein Mitglied von Campusgrün.

Aktuell umfasst sie etwa 25 aktive Personen und stellt die stärkste Kraft im Studierendenparlament. Zudem ist sie im AStA, im Verwaltungsrat des Studierendenwerks sowie mit allen fünf Senatssitzen vertreten.

Es besteht eine enge Vernetzung mit dem Deutschen Studierendenwerk (DSW); ein Mitglied des eigenen Vorstands ist dort ebenfalls aktiv.

Rund zehn Prozent der Studierenden beteiligen sich an den Hochschulwahlen.

Früher war die Gruppe lediglich eine lose Zusammensetzung ohne Satzung oder feste Strukturen. Man war lange Zeit stark mit internen Aufgaben und Selbstorganisation beschäftigt. Inzwischen hat sich die Gruppe jedoch eine Satzung gegeben und ist gewachsen.

Auf der letzten Mitgliederversammlung der Gruppe wurde schließlich einstimmig beschlossen, einen Antrag auf Mitgliedschaft bei Campusgrün zu stellen.

Die Aussprache wird eröffnet, es befinden sich keine Redebeiträge in den Boxen. Es gibt keine Gegenrede gegen die Aufnahme.

Die Sitzungsleitung kommt zur Abstimmung:

CampusGrün TU Dortmund wird einstimmig ohne Enthaltungen als neue Mitgliedsgruppe in den Bundesverband aufgenommen.

D2 Aufnahme von Campus Grün Lübeck in den Bundesverband

Feststellung der Dringlichkeit

Malte und Caro (CG Lübeck):

Elia weist darauf hin, dass es gut wäre, die Satzung dahingehend zu ändern, Aufnahmeanträge ohne Frist - oder zumindest mit sehr kurzer Frist zu stellen.

Die Gruppe betont, dass ihr ein breiter interner Konsens wichtig war, bevor sie den Schritt in Richtung einer Mitgliedschaft geht. Aus diesem Grund habe man sich bewusst Zeit genommen, Gespräche mit der Grünen Jugend, Campusgrün sowie den Grünen zu führen. Erst nachdem diese internen Abstimmungen abgeschlossen waren, konnte der Antrag gestellt werden, weshalb er so kurzfristig eingereicht wurde. Ein frühzeitiger Konsens innerhalb der Gruppe hatte Priorität.

Die Aussprache wird eröffnet, es befinden sich keine Redebeiträge in den Boxen. Es gibt keine Gegenrede gegen die Aufnahme.

Die Sitzungsleitung kommt zur Abstimmung:

Die Dringlichkeit von D2 wird einstimmig ohne Enthaltungen festgestellt.

Zum Aufnahmeantrag

Malte und Caro (CG Lübeck):

Da die Dringlichkeit des Antrags D2 festgestellt wurde, wird dieser nun als weiterer Antrag eingebracht und vorgestellt.

Die Gruppe beschreibt die Universität als eine eher kleine Hochschule mit starkem Medizinanteil. Der derzeitige AStA sei weitgehend apolitisch, was man verändern wolle. Das

Verhalten des Universitätspräsidenten Helge Braun habe zudem zu Frustration geführt. Insbesondere unter Medizinstudierenden gebe es große Sorgen hinsichtlich möglicher Abschiebungen. Diese Problemlagen wolle man aktiv angehen.

Ziel sei es, eine niedrigschwellige, ansprechbare Struktur zu schaffen, die Probleme frühzeitig aufgreift und gleichzeitig professionell auftritt – auch als Ergänzung oder Vorstufe zum AStA. Die Gruppe habe bereits jetzt 11, möglicherweise sogar bis zu 35 Mitglieder.

Man ist erst seit Beginn des laufenden Semesters aktiv und bittet deshalb um Aufnahme. Grüne Hochschulpolitik solle an der Universität Lübeck sichtbar und wirksam werden.

Die Aussprache wird eröffnet, es befinden sich keine Redebeiträge in den Boxen.
Es gibt keine Gegenrede gegen die Aufnahme.

Die Sitzungsleitung kommt zur Abstimmung:

Campus Grün Lübeck wird einstimmig ohne Enthaltung als neue Mitgliedsgruppe in den Bundesverband aufgenommen.

4.2. Rechnungsergebnis / Jahresabschluss 2024

Marco Leonhardt, (Schatzmeister des Bundesverbandes 2024), stellt das Rechnungsergebnis bzw. den Jahresabschluss für das Jahr 2024 vor und bietet an, persönlich gefragt werden zu können. Er erläutert, dass aufgrund der Personalsituation weniger Geld ausgegeben, sowie eingenommen wurde.

4.3. Nachtragshaushalt

Elia (Präsidium) erläutert das Vorgehen.

Ben Budt (Schatzmeister), digital anwesend:

Er entschuldigt sich für seine Abwesenheit aufgrund von Kongressarbeit in Berlin und kündigt an, am nächsten Tag dazuzustoßen. Er freut sich über die neuen Gruppen und leitet zum Nachtragshaushaltsplan (NHHP) über.

Es habe eine erhöhte Bereitschaft von Bündnis 90/Die Grünen gegeben, Campusgrün wegen des Engagements im Wahlkampf stärker zu unterstützen.

Aufgrund der fehlenden Seminaranträge des vergangenen Vorstands, habe man insbesondere hier nochmals anpassen müssen. Man bemühe sich dennoch um die Durchführung von Workshops, weshalb der entsprechende Haushaltstitel symbolisch mit einem Euro versehen wurde.

Ausgabenseite:

- Paul ist neu im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, weshalb die Personalkosten steigen.
- Die Bürokosten fallen etwas geringer aus.
- Öffentlichkeitsarbeit und Merch wurden zu einem gemeinsamen Posten zusammengeführt.
- Weitere kleinere Anpassungen betreffen etwa einen Puffer bei den Kontoführungskosten.
- Die Fahrtkostenabrechnungen wurden zu einem Posten gebündelt.
- Die Klausurtagung des Bundesvorstands in Berlin konnte vergünstigt durchgeführt werden, daher werden die veranschlagten Posten hier verkleinert und insb. der Öffentlichkeitsarbeit zugeführt.

Das Präsidium eröffnet die die Aussprache.

Die FLINTA*-Box ist leer.

Leo Papenhausen (LGL Bonn):
zieht seine Frage zurück.

Denise (aus Lüneburg):
Es wird gefragt, weshalb der symbolische Euro bei A7/E7 vorgesehen ist und warum in den Erläuterungen hierzu nicht bereits vorab bereitgestellt wurde.

Ben (Schatzmeister):
Er nimmt sich vor, künftig mehr Erläuterungen im Vorfeld zu liefern.
Wenn ein Haushaltsposten auf null gesetzt werde, falle er vollständig weg. Sollte später doch Förderung zur Verfügung stehen, müsse diese einem existierenden Posten zugeordnet werden können. Der symbolische Euro sei daher ein politisches Signal, dass der Bereich nicht eingestellt wird. Zudem bestehe die Hoffnung, dass entsprechende Veranstaltungen dennoch stattfinden können.

Regensburg [Person nicht protokolliert]:
betrifft A4.2 (Gruppen- und Verbands- und Vernetzungstreffen). Warum sei dieser Posten um 200 € gestiegen, wie sei der Betrag zustande gekommen, und warum sei er nicht höher?

Ben (Schatzmeister):
Der Posten A4.2 wurde bisher kaum genutzt. Es gebe nur vereinzelt Möglichkeiten, hier Förderung abzuwickeln. Sollte der Bedarf in Zukunft steigen, könne dies bei kommenden Haushaltsplanungen berücksichtigt werden.

Der erste Nachtragshaushalt für das Jahr 2025 wird in der vorgelegten Fassung einstimmig ohne Enthaltungen festgestellt.

Elia schlägt 30 min Pause vor. Rosa und Elia bedanken sich.

Das Präsidium unterbricht die Sitzung.

Nach der Pause und dem Präsidiumswechsel wird die Versammlung fortgesetzt.

Top 5: Antragsblock

5.1. Leitantrag

A4 Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis! (Bundesvorstand)

Einbringung

Helena stellt den Antrag vor und betont, dass die Hochschulpolitik von Schwarz-Rot derzeit nicht ernst genommen werde. Es fehle an finanziellen Mitteln, an Konzepten und an klaren Zuständigkeiten; stattdessen gebe es lediglich Finanzierungsvorbehalte. Unter Studierenden wachse dadurch spürbar das Gefühl politischer Entfremdung. Der vorliegende Leitantrag sei daher als deutliche Kampfansage zu verstehen: Campusgrün fordere eine funktionierende Hochschule – und zwar jetzt. Als Lobby der Studierenden setze sich Campusgrün dafür ein, dass Wohnraum in das Sondervermögen aufgenommen wird und das BAföG unabhängig vom Elternhaus gestaltet wird. Die anhaltende Unterfinanzierung der Hochschulen stärke rechte Kräfte und belaste insbesondere Hochschulgruppen im Osten, die strukturell unterfinanziert seien. Helena schließt mit der Bitte um Zustimmung zum Leitantrag.

Aussprache

Das Präsidium eröffnet die Aussprache.

Aussprache zum Verfahren

Frage Nr 1 - Laurin (Trier):

Allgemeine Frage zu den Änderungsanträgen, das adjektiv Bündnisgrün wird rausgestrichen. Warum wird es rausgestrichen?

Frage Nr 2 - [Person nicht protokolliert] (Köln):

Verständnisfrage zum Verfahren: Die Änderungsanträge sind zwar viele aber der Diskurs darüber ist ja trotzdem wichtig. Kann das Verfahren geändert werden, da es sehr irritierend ist.

GO-Antrag von Lou (FU Berlin, BuVo):

Aussprache soll auch bei den Änderungsanträgen möglich sein.

Präsidium unterbricht die Sitzung für 5 min um Klarheit des Verfahrens zu schaffen.

Lou (FU Berlin, BuVo) zieht den GO-Antrag zurück.

Verfahrensvorschlag des Präsidiums:

Pro Änderungsantrag werden 2 offene und 2 quitierte Beiträge zugelassen.

Frage Nr 3. Janne (Lübeck):

Fragt nach, in welcher Reihenfolge die Änderungsanträge behandelt werden sollen, und plädiert dafür, sie in der Reihenfolge des Textes durchzugehen.

Patricia (Präsidium):

erläutert, dass geplant sei, die Änderungsanträge in der Reihenfolge ihres Eingangs zu behandeln, es sei denn, es komme bei einzelnen Anträgen zu inhaltlichen Konflikten. In diesen Fällen müsse die Reihenfolge angepasst werden.

GO-Antrag von [wurde nicht protokolliert] aus [wurde nicht protokolliert]: Anderer Verfahrensvorschlag

[wurde im Wortlaut nicht protokolliert]

Gegenrede von Constantin (BuVo).

[wurde im Wortlaut nicht protokolliert]

Der GO-Antrag wird zurückgezogen.

Aussprache

Ä1 zu A4 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 22 bis 23 einfügen:

Arbeitsbedingungen an Hochschulen und einen entschlossenen Kampf gegen prekäre Beschäftigung. **Zudem müssen die Studierendenwerke auf Landesebene angemessen ausfinanziert werden, um eine bedarfsgerechte Unterstützung für Studierende gewährleisten zu können.**

Begründung: Die Studierendenwerke sind in den meisten Bundesländern stark unterfinanziert und können so keine richtige Arbeit für Studis leisten - das darf kein Zustand sein und muss auch in diesem Antrag explizit angesprochen werden.

Modifiziert vom Bundesvorstand übernommen.

Neue Antragsversion 3

Ä2 zu A4 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 58 bis 60:

elternunabhängig, bedarfsgerecht und krisenfest macht. Die Wohnkostenpauschale muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren ~~und~~. **Beides muss** jährlich dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahmen.

Begründung: Nicht nur die Wohnkostenpauschale, sondern auch der BAföG-Satz allgemein müssen fortlaufend an die Lebenshaltungskosten angepasst werden.

Modifiziert vom Bundesvorstand übernommen.

Neue Antragsversion 4.

Ä3 zu A4 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 155 bis 157 einfügen:

Solidarität einfordern – im engen Austausch mit Grüner Jugend, Bündnis 90/Die Grünen, **dem freien Zusammenschluss von Student*innenschaften** und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Als **progressiver Impulsgeber gegenüber der Grünen Partei** werden wir klare Forderungen stellen: Die grüne

Modifiziert vom Bundesvorstand übernommen.

Neue Antragsversion 5.

Ä21 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 81 bis 82:

~~Hier zeigt sich: Eine Koalition ohne bündnisgrüne Beteiligung fehlt der nötige Gestaltungswille, um Bildung und Wissenschaft auf Klimakurs zu bringen.~~

Auch in Koalitionen mit bündnisgrüner Beteiligung hat die Transformation der Hochschulen hin zur Klimaneutralität nicht in genügendem Maße stattgefunden. Deshalb braucht es neben dem Einsatz für eine breite gesellschaftliche Mehrheit zu diesem Thema auch ausreichend Druck auf politische Verantwortungsträger*innen.

Das Präsidium entscheidet die Behandlung des Ä21 vor Ä4: Präzision des Antrags, Ä21 geht weiter als Ä4 und führt bei Annahme zur Erledigung..

Einbringung Chris (FU Berlin):

[Wortlaut nicht protokolliert]

Helena (BuVo) schlägt eine modifizierte Übernahme vor.

Wer denkt, Schwarz-Rot würde es besser machen, als eine Koalition unter grüner Beteiligung erkennt die politische Situation. Diesen Fakt müssen wir klar benennen. Unter Schwarz-Rot wird es sicher nicht voran gehen.

Janne (Lüneburg) Gegenrede dazu:

Es macht keinen Sinn, da der Wille des Antrags dann hinfällig wird.

weitere Gegenrede Modifikationsvorschlag aus Köln:

[Einbringende Person nicht protokolliert]

Schwarzrot ist keine Lösung, Grüne, wie man gesehen hat, aber auch nicht.

GO-Antrag [stellende Person nicht protokolliert]:

Sofortige Abstimmung.

Gegenrede zum GO-Antrag [stellende Person nicht protokolliert]:

Respekt gegenüber dem Präsidium.

Der GO-Antrag wird zur Abstimmung gegen.

GO-Antrag angenommen. [Stimmverhältnisse nicht protokolliert]

Es kommt zur Abstimmung über Ä21 in seiner Originalfassung.

Die Mehrheit der Stimmen spricht sich für den Änderungsantrag Ä21 aus. [genaue Stimmanteile nicht protokolliert]

Neue Antragsversion 6.

Ä4 zu A4 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 83 bis 84 löschen:

~~Hier zeigt sich: Eine Koalition ohne bündnisgrüne Beteiligung fehlt der nötige Gestaltungswille, um Bildung und Wissenschaft auf Klimakurs zu bringen.~~

Begründung: Dieser Teil des Leitantrags zeichnet aus unserer Sicht ein zu positives Bild der bündnisgrünen Bildungspolitik. Auch in Zeiten, in denen Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene Regierungsverantwortung getragen haben, blieb der grundlegende Wandel im Bildungsbereich aus. Noch immer reicht das BAföG nicht zum Leben, und die finanzielle Ausstattung der Länderhaushalte hat sich strukturell nicht verbessert, was essenziell wäre um Klimaneutralität in der Bildung voran zu bringen

Auch bei uns in NRW wird – trotz grüner Regierungsbeteiligung – an allen Ecken und Enden im Bildungsbereich gekürzt anstatt in Nachhaltigkeit zu investieren. Wir sind überzeugt: Die Lösung liegt nicht allein in einer grünen Regierungsbeteiligung. Vielmehr braucht es einen gesellschaftlichen Wandel, in dem Bildung und Klima endlich den Stellenwert erhalten den sie verdienen.

Daher begrüßen wir ausdrücklich, dass es Impulse gibt, auch innerhalb der Grünen für diesen Wandel zu wirken. Eine Regierungsbeteiligung jedoch als Lösung an sich darzustellen, halten wir für zu kurz gegriffen.

Erledigt durch Annahme von Ä21.

Ä5 zu A4 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 133 bis 135: (Modifizierung aus Ä16)

unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und sicherstellen, dass ~~bündnisgrüne Politik im Osten~~ **Kampf gegen Rechts** sichtbar und ~~hörbar~~ **hörbar** bleibt und die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert werden. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den

Einbringungsrede Sebastian (Münster):

Hintergrund des Ä5 sei eine klare Formulierung.

Gegenrede von Helena (BuVo):

Schade, dass der Osten untergeht. Hierdurch erkennt Münster, dass Osten weder mit rechter Politik gleichzusetzen ist noch dass "marginalisierte Menschen" als Synonym für den "Osten" verwendet werden können. Erneut werde das Wort "Bündnisgrün" gestrichen. Das sei nicht Idee des Antrags.

Klarstellung von Sebastian (Münster): Osten sollte gar nicht untergehen. Modifizierung vorgeschlagen.

Austausch:

Vorschlag aus dem Plenum:

Bündnisgrüne soll stehen bleiben und Kampf gegen rechts soll einbezogen werden. Die Grünen stehen zusammen und stehen aktiv gegen Rechts. Eher negatives Raunen.

Vorschlag aus dem Plenum:

Kampf gegen Rechts ist wichtig. Es wird sich dem Vorredner angeschlossen. Im Osten soll sich was ändern.

Vorschlag von Campusgrün Bochum:

Die Bündnisgrünen sollen im Leitantrag da stehen bleiben, wo es Sinn macht. Die Grünen sind unsere Verbündeten.

Constantin stellt die aktuelle Version des Antrags vor. Er spricht sich für die Originalfassung aus.

Von Zeile 133 bis 135 (Endfassung: 160-165):

Campusgrün wird verstärkt Projekte politischer Bildung und Antidiskriminierung in Ostdeutschland unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und sicherstellen, dass der Kampf gegen Rechts im Osten sichtbar und hörbar bleibt und die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert werden. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll

Mit 22 Ja-Stimmen, bei 7 Enthaltungen und 7 Gegenstimmen wird der Änderungsantrag angenommen.

Neue Antragsversion 7.

Ä8 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 31 bis 34:

zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt entschlossen ~~mit Vollgas entgegenzusteuern, bleibt Schwarz-Rot mit angezogener Handbremse im Rückwärtsgang.~~ **entgegenzusteuern, verschärft Schwarz-Rot den unsolidarischen Status Quo nochmals und riskiert so das Wohlergehen einer ganzen Generation Studierender.** Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Unigebäude ist jetzt durch das Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt

Das Präsidium entscheidet die Behandlung des Ä8 vor Ä6: Präzision des Antrags, Ä8 geht weiter als Ä6 und führt bei Annahme zur Erledigung.

Der Bundesvorstand übernimmt Ä8. Neue Antragsversion 8.

Ä6 zu A4 (GRAS Bochum)

Von Zeile 33 bis 36:

zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt entschlossen mit Vollgas entgegenzusteuern, **bleibt Schwarz-Rot mit—angezogener Handbremse unbeirrbar im Rückwärtsgang.** Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Unigebäude ist jetzt durch das Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt

Erledigt durch Annahme von Ä8.

Ä7 zu A4 (GRAS Bochum)

Von Zeile 50 bis 52:

Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens „Infrastruktur“ für einen **echten „Bau-Turbo“**, „Bau-Turbo“, der gezielt in studentischen Wohnraum und sanierungsbedürftige Hochschulgebäude investiert. Dafür braucht es

Von Zeile 94 bis 96:

sensibilisieren, solidarisiert sich Campusgrün mit Students for Future und der Public **e**Climate School. Wir werden durch die Mitgliedsgruppen vor Ort dafür kämpfen, dass unsere Hochschulen Vorreiter beim Klimaschutz werden.

Redaktionelle Änderung, Wurde vom Bundesvorstand übernommen. (Version 1 -> 2)

Ä9 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 42 bis 43 einfügen:

liegt weiter unter der durchschnittlichen Miete für ein WG-Zimmer in den größeren Universitätsstädten – **ein Tröpfchen auf den heißen Stein!**

Die Erhöhung ist zu niedrig, nicht angepasst an die tatsächlichen Wohnkosten und kommt deutlich zu spät. Sie lässt eine ganze Generation an Studierenden im Regen stehen und ist Ausdruck politischer Visionslosigkeit. Schwarz-Rot fordert "BAföG statt Bürgergeld" und spielt so arm gegen ärmer aus – in der Realität vernachlässigen sie beide Gruppen.

Der Bundesvorstand übernimmt Ä9. Neue Antragsversion 9.

Ä10 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 57 bis 58 einfügen: (Modifizierung)

muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren und jährlich dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahme.

Derzeit haben Studierende keinen Anspruch auf das Existenzminimum. Das führt dazu, dass BAföG-beziehende Arbeiter*innenkinder das Studium im Zweifel abbrechen müssen, weil ihr Einkommen zum Leben nicht reicht. Das verfassungsmäßig garantierte Existenzminimum muss daher auch für Studierende gelten.

Die im Koalitionsvertrag versprochene Bindung des BAföG-Satzes an das Grundsicherungsniveau darf nur ein erster Schritt in eine tatsächlich armutsfeste garantierte Ausbildungsförderung sein. Merz' Parole, wonach "BAföG statt Bürgergeld" erhöht werden solle, verheißt nichts Gutes. Studierende müssen sich daher mit Erwerbslosen solidarisieren und gemeinsam für die Verbesserung der Lebensverhältnisse kämpfen.

~~Zu einer grundlegenden BAföG-Reform gehört auch ein Schuldenschnitt. Während Akademiker*innenkinder von ihren Eltern wahlweise einen Bausparvertrag, den Führerschein oder eine eigene Wohnung zum 18. Geburtstag bekommen, starten Arbeiter*innenkinder, die den Bildungsaufstieg wagen, mit 10.000€ Schulden ins Leben. Damit Chancengerechtigkeit nicht nur auf dem Papier gilt, ist dieser anti-progressive Ausdruck bestehender Machtverhältnisse zu überwinden. Ein Studienabschluss muss für alle Menschen jeglicher sozialen Herkunft offen sein und darf nicht das Privileg der reichen Oberschicht sein.~~

Einbringung Chris (FU Berlin):

Studierende müssen endlich Anspruch auf ein armutsfestes Existenzminimum haben, damit Arbeiter*innenkinder ihr Studium nicht aus finanzieller Not abbrechen müssen. Eine echte BAföG-Reform braucht deshalb die Kopplung an das Grundsicherungsniveau, einen Schuldenschnitt und solidarische Verbesserungen der Lebensverhältnisse, damit Bildung nicht länger ein Klassenprivileg bleibt.

Gegenrede von Helena (BuVo):

Modifizierte Übernahme: die ersten beiden Absätze sollen übernommen werden. Der dritte Absatz könne nicht übernommen werden, dies gefährde das wohl ausbalancierte BAföG-System. BAföG als Vollzuschuss ist nicht im Haushalt realisierbar und führe eher zum Ende der Ausbildungsfinanzierung aufgrund mangelnder Mittel.

GO-Antrag Lou (FU Berlin/BuVo):

Kurze Unterbrechung für 3 min, da nur zwei Personen des Bundesvorstandes in ihrer Funktion als Sprecher:innen für den ganzen Bundesvorstand sprechen, ohne dass es interne Abstimmungen gab. Klärung sei nötig.

Es erfolgt keine Gegenrede, der Antrag ist angenommen.

Das Präsidium unterbricht für ca. 3 Minuten.

Unterbrechung der Sitzung für ca. 3 min

Das Präsidium führt die Sitzung fort.

Sitzänderung - der Bundesvorstand sitzt nun geschlossen in den ersten Reihen.

Der Bundesvorstand und CampusGrün FU Berlin einigen sich auf die von Helena vorgeschlagene modifizierte Übernahme.
Neue Antragsversion 10.

Ä11 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 66 bis 67:

Studienbedingungen beispielsweise durch mehr Flexibilität, weniger Leistungsdruck ~~und~~, eine Entbürokratisierung des Prüfungswesens **sowie unbegrenzte Prüfungsversuche** für notwendig.

Einbringung Chris (FU Berlin):

Es wird auf den Antragstext verwiesen.

Gegenrede Constantin (BuVo, Leipzig)

Es brauche klare, faire und effiziente Strukturen — unbegrenzte Prüfungsversuche würden aber Prüfungen entwerten und das Studium unnötig in die Länge ziehen. Stattdessen setzen wir auf gezielte Entlastung, bessere Betreuung und nachvollziehbare Prüfungsbedingungen, die allen Studierenden wirklich helfen.

GO-Antrag von Lisa (Münster):

Sofortige Abstimmung.

Gegenrede zum GO-Antrag :
Formal

Mit 25 Ja-Stimmen, bei 10 Enthaltungen und 5 Gegenstimmen wird der GO-Antrag **angenommen**.

Es kommt zur sofortigen Abstimmung.

Mit 20 Ja-Stimmen, bei 8 Enthaltungen und 8 Gegenstimmen wird der Änderungsantrag **angenommen**.

Neue Antragsversion 11.

Ä12 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 74 bis 76:

anstreben, senden sie ein starkes gesellschaftliches Signal und fördern nachhaltiges Denken bei ~~zukünftigen—Entscheidungsträger:innen~~**allen Studierenden**. Durch eigene Klimaschutzmaßnahmen werden Hochschulen zu Reallaboren für praxisnahe Forschung

Der Bundesvorstand übernimmt Ä12. Neue Antragsversion 12.

Ä13 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 89 bis 92:

strategisch für Klimaneutralität zu nutzen: durch eigene Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, CO₂-Bilanzen ~~und~~, transparente Zielvorgaben **sowie konkrete Maßnahmen auf dem Weg zu Netto-Null**. Wir werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und Parlamenten, ASten und weiteren Gremien.

Einbringung Chris (FU Berlin):

Konkrete Maßnahmen für die Klimaneutralität sind sehr wichtig.

CampusGrün FU Berlin und der Bundesvorstand einigen sich auf eine modifizierte Übernahme.

Modifizierte Übernahme:

Campusgrün ruft die Hochschulleitungen auf, ihre Selbstverwaltungshoheit strategisch für Klimaneutralität zu nutzen: durch eigene Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, CO₂-Bilanzen, transparente Zielvorgaben sowie konkrete Maßnahmen auf dem Weg zu Netto-Null-Emissionen. Wir werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und Parlamenten, ASten und weiteren Gremien.

Neue Antragsversion 13.

Ä14 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 110 bis 114:

– ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die demokratischen Parteien das Vertrauen der Jugend verspielen. ~~Insbesondere der Rechtsruck bereitet uns große Sorgen, der~~ Der sich langsam auch an Universitäten ~~etabliert~~ etablierende Rechtsruck bereitet uns große Sorgen.. Neben Burschenschaften gründen sich erste rechte Hochschulgruppen und versuchen, ihre Themen an der Universität zu bespielen.

Der Bundesvorstand übernimmt Ä14. Neue Antragsversion 14.

Ä15 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 122 bis 125:

unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller Hochschulgremien und aller ~~nachgeordneten Institutionen~~ Behörden Institutionen der gegen jede Form von ~~Rechtsextremismus~~ Rechtsradikalismus und Menschenfeindlichkeit. Kein Hochschulstandort ~~im Osten~~ darf Opfer von Sparmaßnahmen werden. Bibliotheken, Mensen und Institute müssen erhalten und ausgebaut werden.

Einbringung Chris (FU Berlin):

Verweis auf den Wortlaut des Antrags.

Gegenrede von Constantin (Leipzig, BuVo):

Was ist mit Behörden gemeint? Uns geht es um alle Institutionen, Referate und Gremien der Unis. Weiterhin befindet sich der Satz bzgl. Osten systematisch unter der Überschrift "Den Osten fest im Blick behalten". Osten hier zu streichen, sei quatsch - wir wollen genau diesen Fokus setzen. Inhaltlich zwar richtig, aber nicht an der Stelle.

CampusGrün FU Berlin und der Bundesvorstand einigen sich auf eine modifizierte Übernahme.

Modifizierte Übernahme:

Und wir fordern: eine unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller Hochschulgremien und aller Institutionen der Hochschule gegen jede Form von Rechtsradikalismus und Menschenfeindlichkeit. Kein Hochschulstandort darf Opfer von Sparmaßnahmen werden, besonders im Osten.

Neue Antragsversion 15.

Ä16 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 133 bis 135:

unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und sicherstellen, dass ~~bündnisgrüne Politik im Osten sichtbar und hörbar~~ **die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert werden bleibt**. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den

Erledigt durch modifizierte Annahme von Ä5.

Ä17 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 135 bis 138: (Modifizierung)

Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir unterstützen sie als Bundesverband finanziell, ~~unterstützen sie finanziell, politisch~~ **solidarisieren uns inhaltlich mit den ostdeutschen Mitgliedsgruppen** und ~~durchführen~~ **gemeinsame Kampagnen politische Kampagnen durch**, um die ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen vor Ort zu bekämpfen und demokratische Werte zu stärken.

Einbringung Chris (FU Berlin):

Verweis auf den Wortlaut des Antrags.

Gegenrede von Constantin (Leipzig, BuVo):

Solidarität ist nett, aber sie löst kein einziges Problem ostdeutscher Hochschulgruppen und gehe am Kern der Idee vorbei. Wir brauchen keine warmen Worte, sondern echte politische und finanzielle Unterstützung vom Bundesverband. In der Regel sind ostdeutsche Hochschulgruppen unterfinanziert. Daher finanzielle Unterstützung.

CampusGrün FU Berlin und der Bundesvorstand einigen sich auf eine modifizierte Übernahme.

Modifizierte Übernahme:

Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir unterstützen sie als Bundesverband finanziell, solidarisieren uns inhaltlich mit den ostdeutschen Mitgliedsgruppen und führen gemeinsame politische Kampagnen durch, um die ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen vor Ort zu

Neue Antragsversion 16.

Ä18 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 149 bis 150:

positionieren. Wenn Bibliotheksetats gekürzt oder Mensapreise erhöht werden, werden wir das nicht still hinnehmen, sondern öffentlich ~~skandalisieren~~ **politisieren**.

Der Bundesvorstand übernimmt Ä18. Neue Antragsversion 17.

GO-Antrag [Person nicht protokolliert]:

45 Sekunden Redezeitbegrenzung für Einbringungsrede anstelle von 10 sek.

Es erfolgt keine Gegenrede, der Antrag ist angenommen.

Weiterer GO-Antrag [Person nicht protokolliert]:

Dann sollen es auch 45 Sekunden Redezeitbegrenzung für Gegenreden geben.

Gegenrede [Person nicht protokolliert]:

formal

Mit 21 Ja-Stimmen, bei 7 Enthaltungen und 8 Gegenstimmen wird der GO-Antrag **angenommen**.

Ä19 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 166 bis 168:

Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und eigene Akzente setzen – für Studierende, für ~~den-Osten~~**alle anderen marginalisierten Personengruppen**, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün begleiten wir diesen Kurs konstruktiv-kritisch, unterstützend, wo er überzeugt –

GO-Antrag [Person nicht protokolliert]:

10 sek Einbringung auf A4.

Gegenrede [Person nicht protokolliert]:

Formelle

Mit 24 Ja-Stimmen, bei 6 Enthaltungen und 7 Gegenstimmen wird der GO-Antrag **angenommen**.

Aus dem Plenum Zwischenruf [Person nicht protokolliert]:

Man verstehe nicht, warum Campusgrün FU Berlin in der Nacht zu heute so viele Änderungsanträge gestellt habe - zumal 2 Personen der Hochschulgruppe Mitglied des Bundesvorstand sind.

GO-Antrag [Person nicht protokolliert]:

Sofortige Abstimmung

Gegenrede [Person nicht protokolliert]:

Formelle

Mit 21 Ja-Stimmen, bei 6 Enthaltungen und 10 Gegenstimmen wird der GO-Antrag angenommen.

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über Ä19

Mit 9 Ja-Stimmen, bei 14 Enthaltungen und 13 Gegenstimmen wird der Änderungsantrag abgelehnt.

Ä20 zu A4 (Campus Grün FU Berlin)

Von Zeile 50 bis 54:

Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens „Infrastruktur“ für einen echten „Bau-Turbo“, der gezielt in ~~studentischen Wohnraum und~~ **sanierungsbedürftige Hochschulgebäude investiert. Dafür braucht es klare gesetzliche Vorgaben zur Zweckbindung der Mittel sowie eine Priorisierung des sozialen Wohnungsbaus statt Symbolpolitik der GDU/GSU-geführten Koalition.** **dauerhaft gemeinnützigen und bezahlbaren Wohnraum für alle investiert. Die Konkurrenz zwischen Studierenden und armutsbetroffenen Arbeiter*innen ist menschengemacht – sie durch eine staatliche Wohnungsbauoffensive zu überwinden, muss Aufgabe einer lösungsorientierten und progressiven Politik sein. Bloß den Bau neuer Studi-Wohnheime zu fördern bedeutet letztlich, Privilegien bildungsbürgerlicher Schichten fortzuschreiben, während junge Menschen ohne Abitur alleingelassen werden.**

Einbringung Chris (FU Berlin):
Verweis auf den Wortlaut des Antrags.

CampusGrün FU Berlin und der Bundesvorstand einigen sich auf eine modifizierte Übernahme.

Modifizierte Übernahme:

Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens „Infrastruktur“ für einen echten „Bau-Turbo“, der gezielt in dauerhaft gemeinnützigen und bezahlbaren Wohnraum für alle investiert. Die Konkurrenz zwischen Studierenden und armutsbetroffenen Arbeiter*innen ist menschengemacht – sie durch eine staatliche Wohnungsbauoffensive zu überwinden, muss Aufgabe einer lösungsorientierten und progressiven Politik sein.

Neue Antragsversion 18.

Ä23 zu A4 (campus:grün Köln)

Von Zeile 194 bis 196 einfügen:

Campusgrün fordert von Bündnis 90/Die Grünen eine starke, progressive Oppositionsarbeit im Bundestag **mit anderen linken Kräften** – mit klarer Haltung für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Bildung. Gerade aus Hochschulperspektive ist entscheidend, dass

Der Bundesvorstand übernimmt Ä23. Neue Antragsversion 19.

Ä24 zu A4 (campus:grün Köln)

Von Zeile 173 bis 175 einfügen:

verstehen uns als **progressive Stimme im Hochschulbereich** – und diese Stimme werden wir weiterhin **in Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen** laut erheben. Während die Bündnisgrünen auf Bundesebene in der parlamentarischen Opposition sind, sind wir vor Ort oft die stärkste Kraft

Campusgrün Köln und der Bundesvorstand einigen sich auf eine modifizierte Übernahme.
Neue Antragsversion 20.

Ä25 zu A4 (GHG Würzburg)

Von Zeile 200 bis 202:

eingbracht werden. Wir erwarten, dass sich die Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und ~~eigene Akzente setzen~~ **eindeutig Stellung beziehen** – für Studierende, für den Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün begleiten wir diesen Kurs

Das Präsidium entscheidet die Behandlung des Ä25 vor Ä22: Präzision des Antrags, Ä25 geht weiter als Ä22 und führt bei Annahme zur Erledigung.

Der Bundesvorstand übernimmt Ä25. Neue Antragsversion 21.

Ä22 zu A4 (GHG Würzburg)

Von Zeile 200 bis 202:

eingbracht werden. Wir erwarten, dass sich die Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und ~~eigene Akzente setzen~~ **deutlich politische Stellung beziehen** – für Studierende, für den Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün begleiten wir diesen Kurs

Erledigt durch Ä25.

Gesamtabstimmung zum Leitantrag A4

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über A4.

Mit 31 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen und keiner Gegenstimme wird der Leitantrag A4 von der Bundesmitgliederversammlung **angenommen**.

Titel: Zukunft mit links – Schluss mit der schwarz-roten Nullrunde für Studis!

Kürzel: A4

Version: 21

Antragstext:

Die neue schwarz-rote Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD steht für einen Kurs der sozialen und politischen Rückschritte – und damit gegen die Interessen der jungen Generation. Unter dem Deckmantel von „Verantwortung“ und Stabilität bereitet dieses Bündnis einen sozialen Kahlschlag vor, der auch Studierende trifft. Die anvisierten Vorhaben der Koalition um Merz gefährden akut studentische Lebensrealitäten, Bildungsinvestitionen, soziale Infrastruktur und consequenten Klimaschutz.

Strukturelle Unterfinanzierung von Hochschulen

Hochschulen werden strukturell unterfinanziert, was sich in der Einstampfung von Studiengängen, mangelhafter Ausstattung, prekären Arbeitsbedingungen insbesondere auf Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeitenden und studentischen Hilfskräften sowie vielem mehr niederschlägt. Diese Politik ignoriert die Realität junger Menschen und verstärkt das Gefühl politischer Entfremdung.

Insbesondere die rechten Kürzungspläne in den Landeshaushalten – aktuell besonders in Brandenburg und Sachsen – öffnen rechtsextremen Kräften Tür und Tor, um gezielt Einfluss auf Wissenschaftsfreiheit und Bildungszugang zu nehmen und die offene, freie Hochschullandschaft nachhaltig zu gefährden.

Campusgrün stellt sich dieser Politik entschlossen entgegen. **Eine Zukunft gibt es nur mit uns**, mit Investitionen in Bildung, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz – nicht mit dem Rotstift von Union und SPD. Statt Sparpolitik braucht es eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung sowie faire Arbeitsbedingungen an Hochschulen und einen entschlossenen Kampf gegen prekäre Beschäftigung. Zudem müssen die Studierendenwerke auf Landesebene angemessen ausfinanziert werden, um eine bedarfsgerechte Unterstützung für Studierende gewährleisten zu können.

Wir plädieren für eine stabile demokratische Finanzierung der Hochschulen, insbesondere durch Bundesmittel, um rechtsextreme Einflussnahme mittelbar durch Landesparlamente an Hochschulen zu verhindern.

Studieren am Limit - Zeit für echte Entlastung statt leerer Versprechen

Studierende befinden sich in einer prekären Lage. Wohnraum in Universitätsstädten ist knapp und teuer, psychische Belastungen nehmen drastisch zu und die soziale Ungleichheit im Studium verschärft sich. Doch statt entschlossen entgegenzusteuern, verschärft **Schwarz-Rot den unsolidarischen Status Quo nochmals und riskiert so das Wohlergehen einer ganzen Generation Studierender**. Ein „Bau-Turbo“ für Wohnheime und Unigebäude ist jetzt durch das Sondervermögen Infrastruktur möglich - es muss nur umgesetzt werden. Mit Blick auf die Prioritäten

der Koalition um Merz, die gerade nicht den sozialen Wohnungsbau und den Bildungsinfrastruktur in den Vordergrund stellt, gehen wir Studierende vermutlich wieder leer aus.

Die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen im Bereich der BAföG-Reform sind zwar ein erster Schritt, greifen aber viel zu kurz und stehen unter Finanzierungsvorbehalt – de facto ein wertloses Versprechen. Die Summe der zum Wintersemester 2026/27 einmalig angekündigten Erhöhung der Wohnkostenpauschale liegt weiter unter der durchschnittlichen Miete für ein WG-Zimmer in den größeren Universitätsstädten – **ein Tröpfchen auf den heißen Stein!**

Die Erhöhung ist zu niedrig, nicht angepasst an die tatsächlichen Wohnkosten und kommt deutlich zu spät. Sie lässt eine ganze Generation an Studierenden im Regen stehen und ist Ausdruck politischer Visionslosigkeit. Schwarz-Rot fordert "BAföG statt Bürgergeld" und spielt so arm gegen ärmer aus – in der Realität vernachlässigen sie beide Gruppen.

Besonders alarmierend ist die Ignoranz gegenüber der **psychischen Gesundheit** von Studierenden. Studien zeigen seit Jahren einen drastischen Anstieg psychischer Belastungen: Etwa jede:r fünfte Studierende kämpft mit Depressionen, Angststörungen oder psychischem Druck. Notwendige Mittel für psychologische Beratungsstellen, Präventionsangebote oder schlicht eine spürbare Entlastung durch bessere Studienbedingungen fehlen.

Campusgrün fordert daher die sofortige Aktivierung des Sondervermögens „Infrastruktur“ für einen **echten „Bau-Turbo“**, der gezielt in dauerhaft gemeinnützigen und bezahlbaren Wohnraum für alle investiert. Die Konkurrenz zwischen Studierenden und armutsbetroffenen Arbeiter*innen ist menschengemacht – sie durch eine staatliche Wohnungsbauoffensive zu überwinden, muss Aufgabe einer lösungsorientierten und progressiven Politik sein.

Campusgrün drängt auf eine **grundlegende BAföG-Reform**, die das BAföG endlich elternunabhängig, bedarfsgerecht und krisenfest macht. Die Wohnkostenpauschale muss sich an ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren. Beides muss jährlich dynamisch angepasst werden – dauerhaft und nicht als Einzelmaßnahmen.

Derzeit haben Studierende keinen Anspruch auf das Existenzminimum. Das führt dazu, dass BAföG-beziehende Arbeiter*innenkinder das Studium im Zweifel abbrechen müssen, weil ihr Einkommen zum Leben nicht reicht. Das verfassungsmäßig garantierte Existenzminimum muss daher auch für Studierende gelten.

Die im Koalitionsvertrag versprochene Bindung des BAföG-Satzes an das Grundsicherungsniveau darf nur ein erster Schritt in eine tatsächlich armutsfeste garantierte Ausbildungsförderung sein. Merz' Parole, wonach "BAföG statt Bürgergeld" erhöht werden solle, verheißt nichts Gutes. Studierende müssen sich daher mit Erwerbslosen solidarisieren und gemeinsam für die Verbesserung der Lebensverhältnisse kämpfen.

Ein Studienabschluss muss für alle Menschen jeglicher sozialen Herkunft offen sein und darf nicht das Privileg der reichen Oberschicht sein.

Wir betonen die Notwendigkeit einer **strukturell und dauerhaft finanzierten** psychologischen Beratungsstelle an Hochschulen inklusive des Ausbaus von Präventionsprogrammen und niedrigschwelligen Angeboten. Diese Investitionen dürfen aber nicht zulasten der Studierenden in Form einer Erhöhung der Semesterbeiträge führen - vielmehr sind hier Bund und Länder in der Pflicht, entsprechende Vorhaben über besser ausgestattete Studierendenwerke zu fördern. Gleichzeitig halten wir eine **Entzerrung des Studienalltags** durch bessere Studienbedingungen beispielsweise durch mehr Flexibilität, weniger Leistungsdruck, eine Entbürokratisierung des Prüfungswesens sowie unbegrenzte Prüfungsversuche für notwendig.

Klimapolitischer Rückschritt

Minimalismus ist ein aufstrebender Trend - und wird im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD beim Klimaschutz vollumfänglich gelebt.

Hochschulen tragen als Orte der Bildung, Forschung und Innovation eine besondere Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise. Sie sind neben Wissensträgern und Ausbildungsorten auch gesellschaftliche Vorbilder. Wenn sie die Klimaneutralität anstreben, senden sie ein starkes gesellschaftliches Signal und fördern nachhaltiges Denken bei allen Studierenden. Durch eigene Klimaschutzmaßnahmen werden Hochschulen zu Reallaboren für praxisnahe Forschung und interdisziplinäre Lösungsansätze – ein zentraler Beitrag zur technologischen und sozialen Transformation. Die Transformationsprozesse auch an den Hochschulen erfordern eine finanzielle Unterstützung, die weder in den Landeshaushalten noch den Bundeshaushalten ausreichend abgebildet ist.

Auch in Koalitionen mit bündnisgrüner Beteiligung hat die Transformation der Hochschulen hin zur Klimaneutralität nicht in genügendem Maße stattgefunden. Deshalb braucht es neben dem Einsatz für eine breite gesellschaftliche Mehrheit zu diesem Thema auch ausreichend Druck auf politische Verantwortungsträger*innen.

Campusgrün fordert die Einführung eines bundesweiten Klimafonds für Hochschulen, mit dem gezielt Investitionen in Energieeffizienz, Gebäudesanierung, nachhaltige Mobilität und erneuerbare Energien gefördert werden. Die Mittel aus dem Sondervermögen „Klima und Transformation“ müssen auch für Bildungsinstitutionen geöffnet und langfristig abgesichert werden.

Campusgrün ruft die Hochschulleitungen auf, ihre **Selbstverwaltungshoheit strategisch für Klimaneutralität zu nutzen**: durch eigene Nachhaltigkeitsstrategien, Klimabeauftragte, CO₂-Bilanzen, transparente Zielvorgaben sowie konkrete Maßnahmen auf dem Weg zu Netto-Null-Emissionen. Wir werden dabei weiter Druck machen – in Senaten, Räten und Parlamenten, ASten und weiteren Gremien.

Um Studierende sowohl im Hörsaal als auch am Campus für Klimaschutz zu sensibilisieren, solidarisiert sich Campusgrün mit Students for Future und der Public Climate School. Wir werden durch die Mitgliedsgruppen vor Ort dafür kämpfen, dass unsere Hochschulen Vorreiter beim Klimaschutz werden.

Den Osten fest im Blick behalten

Ein besonderer Blick gilt Ostdeutschland. In keinem Teil des Landes sind die Auswirkungen von sozialer Schieflage und politischem Vertrauensverlust so spürbar wie hier. Jahre der ungleichen Ressourcenverteilung haben dazu geführt, dass viele ostdeutsche Regionen strukturell benachteiligt sind – geringere Löhne, weniger Studienplätze und Forschungsinstitute, Abwanderung junger Talente und eine besorgniserregende Perspektivlosigkeit. Diese Probleme erfordern eine Regierung, die entschlossen für **gleichwertige Lebensverhältnisse** eintritt - auf Bundes- und Landesebene.

In Ostdeutschland wächst der Unmut. Die letzten Bundestagswahlen haben gezeigt, dass der rechtsextreme politische Rand Zulauf bekommt. In der Altersgruppe der Erstwähler:innen und Studierenden ist dieser Trend besonders deutlich: 18- bis 24-Jährige haben bei der Bundestagswahl 2025 verstärkt im Osten die AfD gewählt – ein erschreckendes Zeichen dafür, dass die

demokratischen Parteien das Vertrauen der Jugend verspielen. Der sich langsam **auch an Universitäten etablierende Rechtsruck** bereitet uns große Sorgen. Neben Burschenschaften gründen sich erste rechte Hochschulgruppen und versuchen, ihre Themen an der Universität zu bespielen.

Campusgrün fordert endlich einen klaren politischen Fokus auf Ostdeutschland und nicht zuletzt gute Bildung vor Ort. Dafür braucht es gezielte Bundesmittel für den Hochschulbau und die Sanierung ostdeutscher Standorte, für Forschungseinrichtungen in der Fläche sowie für Förderprogramme, die ostdeutsche Perspektiven in Wissenschaft, Verwaltung und Politik sichtbar machen. Ostdeutsche müssen in Ministerien, Bundesbehörden, Hochschulleitungen und auf Professuren angemessen vertreten sein. Und wir fordern: eine unmissverständliche, gemeinsame Haltung aller demokratischen Parteien, aller Hochschulgremien und aller Institutionen der Hochschule gegen jede Form von Rechtsradikalismus und Menschenfeindlichkeit. Kein Hochschulstandort darf **Opfer von Sparmaßnahmen** werden, besonders im Osten. Bibliotheken, Mensen und Institute müssen erhalten und ausgebaut werden. **Bildungseinrichtungen in Ostdeutschland brauchen gezielte Förderung statt weiterer Kürzungen**, um Abwanderung und Perspektivlosigkeit zu stoppen.

Campusgrün solidarisiert sich ausdrücklich mit den Studierenden und jungen Menschen in Ostdeutschland, die oft doppelt kämpfen müssen – gegen materielle Benachteiligung und gegen rechte Stimmungsmache. An den Universitäten dürfen wir kein Klima dulden, in dem rechtes Gedankengut salonfähig wird. Campusgrün wird verstärkt Projekte politischer Bildung und Antidiskriminierung in Ostdeutschland unterstützen, Bündnisse mit progressiven Initiativen vor Ort eingehen und sicherstellen, dass **der Kampf gegen Rechts im Osten sichtbar und hörbar bleibt** und die Interessen von marginalisierten Menschen tatsächlich repräsentiert werden. Alle Mitgliedsgruppen des Campusgrün-Bundesverbands stehen voll hinter den ostdeutschen Hochschulgruppen. Wir unterstützen sie als Bundesverband finanziell, solidarisieren uns inhaltlich mit den ostdeutschen Mitgliedsgruppen und führen gemeinsame politische Kampagnen durch, um die ökonomischen und gesellschaftlichen Herausforderungen vor Ort zu bekämpfen und demokratische Werte zu stärken.

Campusgrün als progressive Kraft in der Zukunft

In dieser schwierigen Lage kommt Campusgrün eine entscheidende Rolle zu. Wir verstehen uns als **progressive Stimme im Hochschulbereich** – und diese Stimme werden wir weiterhin in Zusammenarbeit mit anderen linken Gruppen laut erheben. Während die Bündnisgrünen auf Bundesebene in der parlamentarischen Opposition sind, sind wir vor Ort oft die stärkste Kraft in den Studierendenparlamenten und stellen die ASten, Senator:innen und viele weitere Positionen. Campusgrün wird die Hochschulen im ganzen Land mobilisieren: Wir werden Protestaktionen gegen Bildungs- und Sozialkürzungen anstoßen, studentische Vollversammlungen und Bündnisse organisieren und Druck auf Hochschulleitungen ausüben, sich klar gegen den Sparkurs aus Berlin zu positionieren. Wenn Bibliotheksetats gekürzt oder Mensapreise erhöht werden, werden wir das nicht still hinnehmen, sondern öffentlich politisieren.

Campusgrün ist die Stimme grün-alternativer Hochschulgruppen auf **Bundesebene** und wird innerhalb der grünen Familie konsequent soziale Gerechtigkeit und Solidarität einfordern – im engen Austausch mit Grüner Jugend, Bündnis 90/Die Grünen, dem freien Zusammenschluss von Student*innenschaften und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen. Als **progressiver Impulsgeber gegenüber der Grünen Partei** werden wir klare Forderungen stellen: Die grüne Opposition muss die Anliegen der Studierenden aufgreifen – von der BAföG-Reform über bezahlbares Wohnen bis zur psychischen Gesundheit. Campusgrün wird entsprechende Anträge und Initiativen einbringen, sei es

auf Parteitag oder in Gesprächen mit Grünen-Abgeordneten. Unsere Botschaft: Die Bündnisgrüne Partei darf die junge Generation nicht enttäuschen, sie muss uns aktiv vertreten!

Campusgrün fordert von Bündnis 90/Die Grünen eine starke, progressive Oppositionsarbeit im Bundestag mit anderen linken Kräften – mit klarer Haltung für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Bildung. Gerade aus Hochschulperspektive ist entscheidend, dass Kürzungen im Bildungsbereich konsequent kritisiert und mutige Alternativen wie eine echte BAföG-Reform eingebracht werden. Wir erwarten, dass sich die Bündnisgrünen sichtbar an Protesten beteiligen und eindeutig Stellung beziehen – für Studierende, für den Osten, für eine lebenswerte Zukunft. Als Campusgrün begleiten wir diesen Kurs konstruktiv-kritisch, unterstützend, wo er überzeugt – und deutlich, wo er zu zaghaft bleibt.

5.2. Weitere Anträge

A1 NAMs in die Hochschullehre! (Links-Grüne Liste Bonn)

Einbringung durch Boldizsár Mann (LGL Bonn):

NAMs sind essenzielle Zukunftstechnologien, doch in Deutschland fehlen ihnen bis heute strukturelle Unterstützung, politische Förderung und ein Platz in der grundständigen Lehre. Um das zu ändern, soll der Bundesverband von Campusgrün gemeinsam mit grünen Fachgremien und Hochschulgruppen konkrete Werkzeuge bereitstellen, die den Einsatz und Ausbau von NAMs sichtbar und vor Ort umsetzbar machen. Der derzeitige Lock-In eines tierversuchorientierten Forschungssystems behindert Innovation, belastet ethisch und benachteiligt den Hochschulstandort Deutschland. Deshalb braucht es einen politischen Paradigmenwechsel, gezielte Förderung und die feste Verankerung von NAMs in relevanten Studiengängen.

Es erfolgt keine Gegenrede.

Das Präsidium eröffnet die Aussprache

Helena (Potsdam, BuVo):

bedankt sich bei den Antragstellenden für die Einbringung, das gute Verfahren und die Verhandlungen im Vorfeld der Mitgliederversammlung, und das Vorbringen des Themas: Tierschutz.

Ä1 zu A1 (Links-Grüne Liste Bonn)

Globalalternative der Antragstellenden und von Ihnen übernommen - kleine redaktionelle Änderungen.

Endabstimmung

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über A1:

Der Antrag A1 wird einstimmig von der Bundesmitgliederversammlung **angenommen**.

Titel: NAMs in die Hochschullehre!

Kürzel: A1

Version: 2

Antragstext:

Auftrag

New Approach Methodologies (NAMs) bieten eine tierversuchsfreie Alternative in der Forschung und Lehre, die ethisch wie wissenschaftlich dringend notwendig ist – dennoch fehlt es bislang an strukturellem Rückhalt in Studiengängen, Förderstrukturen und politischer Unterstützung.

Damit sich dies ändert, wird der Bundesverband von Campusgrün aufgefordert, gemeinsam mit den Bundesarbeitsgemeinschaften Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik sowie Tierschutzpolitik von Bündnis 90/ Die Grünen, den Mitgliedsgruppen des Bundesverbands und den GRÜNEN Landesarbeitsgemeinschaften zusammenzuarbeiten, um Studierenden, weiteren Hochschulgruppen und Lehrenden konkrete Werkzeuge an die Hand zu geben, anhand derer schon heute aufgezeigt werden kann, wie erfolgreich NAMs an Hochschulen eingebunden sind, wie sie eingesetzt werden können sowie wie eine zukunftsgerichtete, langfristig gänzlich tierversuchsfreie Wissenschaft gestaltet werden kann.

Hintergrund und Problemstellung

New Approach Methodologies (NAMs), d. h. tier(versuchs)freie Methoden wie In-Vitro- oder In-Silico-Modelle, also Forschung an Zellen und Geweben, „Tissue Engineering“ (Gewebezucht) oder Computermodelle werden in der Industrie immer mehr eingesetzt und stoßen bei Studierenden auf großes Interesse. Ein weiterer immer wichtiger werdender Bereich ist die patientenbasierte Forschung. Nicht nur das Tierleid, sondern auch die Übertragbarkeit der Forschungsergebnisse führen zu dieser Nachfrage.

Der große Innovationsschub, gerade bei der Weiterentwicklung vorhandener Methoden und der Entwicklung völlig neuer, wird jedoch durch den Lock-In-Effekt eines über Jahrzehnte auf Tierversuche ausgelegten Lehr- und Forschungsbetriebs ausgebremst. Tierversuche aus dem Tierschutzgesetz auszunehmen, wie von der neuen schwarz-roten Bundesregierung beabsichtigt, lehnen wir in diesem Rahmen entschieden ab.

NAMs werden im Moment, wenn überhaupt, erst vereinzelt ab dem Master- oder Doktorand*innen-Niveau gelehrt. Länder wie die USA ermöglichen hier weitaus mehr. Hinzu kommen bürokratische Hürden bei der Anerkennung/ Validierung der Methoden, Vorprägungen in der wissenschaftlichen Publikationspraxis und in der finanziellen Forschungsförderung, was die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre genauso wie der Berufswahl im Bereich NAMs stark einschränkt und den Hochschulstandort Deutschland benachteiligt.

NAMs brauchen also als Zukunftstechnologien – wie es der ehemalige Dekan der Charité, Axel Radlach Pries, ausdrückte (FAZ, 02.11.2017) –, einen ähnlichen Paradigmenwechsel wie die erneuerbaren Energien .

Mit einem Abbau der benachteiligenden Hürden, groß angelegten Unterstützungsprogrammen (auch in der Grundlagenforschung) und 1R- (Replacement) statt 3R-Zentren kann das gelingen.

Wir streben NAMs in der Lehre aller einschlägigen natur- und agrarwissenschaftlichen sowie medizinischen Studiengänge (Biologie, Biotechnologie, Biochemie, Bioinformatik, Neurowissenschaften, Pharmazie, Toxikologie, Humanmedizin, Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Medizintechnologie, Psychologie, Ernährungswissenschaften, Agrarwissenschaften u. ä.) an. Da die Bedarfe je nach Fach sehr unterschiedlich sind, kann es sich dabei um Wahl- oder Pflichtfächer zu vorhandenen Methoden und Methodenentwicklung handeln, um einzelne Module oder um eigene Bachelor- und Masterstudiengänge. Uns ist wichtig, dass sie bereits in allen relevanten grundständigen Studiengängen vorkommen und Forschende dafür gewonnen werden, Lehrveranstaltungen anzubieten. Auch mehr Kooperationen mit technischen Studiengängen und der Industrie halten wir für sinnvoll.

Forderungen

Campusgrün fordert die neue Bundesregierung und alle Landesregierungen auf, den Ausbau von NAMs strategisch und finanziell zu unterstützen und an die Initiative für eine Tierversuchsreduktionsstrategie der vorigen Bundesregierung anzuknüpfen.

Zudem fordert Campusgrün seinen Bundesvorstand auf, innerhalb seiner Mitgliedsgruppen und in Zusammenarbeit mit dem freien Zusammenschluss von student:innenschaften (fzs) sowie den GRÜNEN Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften (z. B. Tierschutzpolitik und Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik) zusammenzutragen, auf welche Art und Weise NAMs (ihre Methoden und Methodenentwicklung) schon in die Lehre an der jeweiligen Hochschule eingebunden werden. So werden Studierendenschaften Best-Practice-Beispiele an die Hand gegeben, um NAMs bei ihnen vor Ort zu befördern und Wissenschaftler*innen, die schon mit und an NAMs forschen und lehren, an die Universitäten zu holen. Perspektivisch sollen Methoden und Methodenentwicklung von NAMs vor allem in den grundständigen Studiengängen als fester Bestandteil der Lehre etabliert werden – je nach Bedarf des Faches als Wahl- oder Pflichtfach, als Modul oder als eigener Bachelor- oder Masterstudiengang.

Begründung:

Eine ähnliche Initiative wurde vor ungefähr einem Jahr schon mal vom Bonner AStA-Referat für Ökologie gemeinsam mit Campusgrün und dem fzs angestrengt, führte aber zu kaum Erfolgen, weshalb ein Neustart versucht werden sollte.

Die Bundesvorstände von fzs und Campusgrün (und gerne auch von weiteren bundesweiten Zusammenschlüssen von Studierenden) sollten vor allem die Kommunikation dieses Papiers an Studierendenschaften koordinieren, um von ihnen NAM-Erfahrungswerte und -Wissenschaftler*innen zusammenzutragen. Diese können gerne weiterhin an oeko@asta.uni-bonn.de gesendet werden. Auch darüber hinaus kann das weiterhin von der Links-Grünen Liste Bonn besetzte Ökologie-Referat die Aktion steuern.

A5 Satzungsänderungsantrag (Bundesvorstand)

Einbringung durch Constantin (Leipzig, BuVo):

Die vorläufige Mitgliedschaft ermöglicht es neuen Hochschulgruppen, früh Zugang zur Infrastruktur des Bundesverbands zu erhalten, ohne sofort volle Mitgliedsrechte zu bekommen. Sie verhindert Doppelstrukturen, indem Gruppen nicht erst eigene Systeme aufbauen müssen. Gleichzeitig schützt sie den Verband vor missbräuchlicher Nutzung, da kein Stimmrecht besteht und die Mitgliedschaft rückwirkend entfällt, falls die Aufnahme scheitert. Die verpflichtende Antragstellung auf der nächsten Bundesmitgliederversammlung stellt Verbindlichkeit und ein zügiges Verfahren sicher.

Constantin bedankt sich weiterhin herzlich bei Münster und Bochum für die Mitwirkung am Antrag und die konstruktiven Verhandlungen.

Es gibt keine Gegenrede.

Das Präsidium eröffnet die Aussprache.

Lian (TH Köln):

Fragt, was passiert, wenn sich zwei Gruppen von derselben Hochschule bewerben.

Constantin (BuVo):

Kennt das Problem. Muss im Einzelfall der BuVo beschließen. Empfiehlt, dass miteinander geredet wird, um zu verhindern, dass sich konkurrierende Gruppen gründen.

Ä1 zu A5 (GRAS Bochum)

Von Zeile 12 bis 13 einfügen:

ablehnt, ist die Gruppe so zu stellen, als wenn der Bundesvorstand den Titel der vorläufigen Mitgliedsgruppe nicht verliehen hätte, **selbst erstellte Dateien und Ressourcen durch die vorläufige Mitgliedsgruppe sind dieser unter angemessenem Aufwand vor der Löschung durch Campusgrün zum Download bereitzustellen.**

Erledigt durch Übernahme von Ä6 zu A5.

Ä2 zu A5 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 7 bis 10:

Bundesmitgliederversammlung einen Aufnahmeantrag zu stellen. Der Bundesvorstand beschließt über die Verleihung des „vorläufigen Mitglieds“ ~~mit zwei-drittel~~ **Mehrheit einstimmig**. Die Rechte beschränken sich auf die Nutzung der Infrastruktur des Bundesverbands, die vorläufige Mitgliedsgruppe hat insbesondere kein Stimmrecht.

Erledigt durch Übernahme von Ä6 zu A5.

Ä3 zu A5 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 12 bis 13 einfügen:

ablehnt, ist die Gruppe so zu stellen, als wenn der Bundesvorstand den Titel der vorläufigen Mitgliedsgruppe nicht verliehen hätte.

Bewerber die im Konflikt mit § 5 Abs. 2 stehen können nicht vorläufiges Mitglied werden.

Erledigt durch Übernahme von Ä6 zu A5.

Ä4 zu A5 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 7 bis 10:

Bundesmitgliederversammlung einen Aufnahmeantrag zu stellen. Der Bundesvorstand beschließt über die Verleihung des „vorläufigen Mitglieds“ **einstimmig** mit ~~zwei-drittel Mehrheit~~**den anwesenden Mitgliedern**. Die Rechte beschränken sich auf die Nutzung der Infrastruktur des Bundesverbands, die vorläufige Mitgliedsgruppe hat insbesondere kein Stimmrecht.

Erledigt durch Ä6 zu A5.

Ä5 zu A5 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 4 bis 6 einfügen:

Hochschulgruppen, die noch nicht Mitglied im Bundesverband sind und die Voraussetzungen dieser Satzung, **insbeondere § 5 Absatz 2**, erfüllen, können beim Bundesvorstand eine vorläufige Mitgliedschaft unter der Maßgabe beantragen, auf der nächsten

Erledigt durch Ä6 zu A5.

Ä6 zu A5 (Campusgrün Bundesvorstand)

Von Zeile 4 bis 10:

Hochschulgruppen, die noch nicht Mitglied im Bundesverband sind und die Voraussetzungen dieser Satzung, **insbesondere § 5 Absatz 2**, erfüllen, können beim Bundesvorstand eine vorläufige Mitgliedschaft unter der Maßgabe beantragen, auf der nächsten Bundesmitgliederversammlung einen Aufnahmeantrag zu stellen. Der Bundesvorstand beschließt über die Verleihung des „vorläufigen Mitglieds“ ~~mit zwei-drittel Mehrheit~~**unter den anwesenden Mitgliedern einstimmig**. Die Rechte beschränken sich auf die Nutzung der Infrastruktur des Bundesverbands, die vorläufige Mitgliedsgruppe hat insbesondere kein Stimmrecht.

Von Zeile 12 bis 13 einfügen:

ablehnt, ist die Gruppe so zu stellen, als wenn der Bundesvorstand den Titel der vorläufigen Mitgliedsgruppe nicht verliehen hätte, **eigene Dateien sind unter angemessener Frist zuvor zum Download bereit zu stellen.**

modifizierte Übernahme durch den Bundesverband. (Version 1 -> 2)

Ä7 zu A5 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 10 bis 15:

Nutzung der Infrastruktur des Bundesverbands, die vorläufige Mitgliedsgruppe hat insbesondere kein Stimmrecht. ~~Sofern der Bundesverband auf dieser~~ **Lehnt die Bundesmitgliederversammlung den einen Antrag ablehnt auf Aufnahme einer Mitgliedsgruppe ohne Landesverband ab**, ist die Gruppe so zu stellen, als wenn der Bundesvorstand den Titel der vorläufigen Mitgliedsgruppe nicht verliehen hätte. **In diesem Fall sind die eigenen Dateien der Gruppe vor der Löschung unter einer angemessener Frist zum Download bereit zu stellen**, eigene Dateien sind unter angemessener Frist zuvor zum Download bereit zu stellen.

Von den Antragstellenden zurückgezogen.

Endabstimmung

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über A5.

Aufgrund des Satzungsänderungen Charakters des Beschlusses weist das Präsidium auf die Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit hin.

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltung angenommen.

Titel: Satzungsänderungsantrag

Kürzel: A5

Version: 2

Antragstext:

Die Bundesmitgliederversammlung möge beschließen § 5 der Satzung des Bundesverbands grün-alternativer Hochschulgruppen um Abs. 6 zu ergänzen:

Abs. 6

Hochschulgruppen, die noch nicht Mitglied im Bundesverband sind und die Voraussetzungen dieser Satzung, insbesondere § 5 Absatz 2, erfüllen, können beim Bundesvorstand eine vorläufige Mitgliedschaft unter der Maßgabe beantragen, auf der nächsten Bundesmitgliederversammlung einen Aufnahmeantrag zu stellen. Der Bundesvorstand beschließt über die Verleihung des „vorläufigen Mitglieds“ unter den anwesenden Mitgliedern einstimmig. Die Rechte beschränken sich auf die Nutzung der Infrastruktur des Bundesverbands, die vorläufige Mitgliedsgruppe hat insbesondere kein Stimmrecht. Sofern der Bundesverband auf dieser Bundesmitgliederversammlung den Antrag ablehnt, ist die Gruppe so zu stellen, als wenn der Bundesvorstand den Titel der vorläufigen Mitgliedsgruppe nicht verliehen hätte, eigene Dateien sind unter angemessener Frist zuvor zum Download bereit zu stellen.

Begründung:

Die vorläufige Mitgliedschaft ermöglicht Hochschulgruppen, sich schrittweise an den Bundesverband Campusgrün anzunähern und erste Strukturen aufzubauen – ohne sofort alle Rechte einer regulären Mitgliedsgruppe zu erhalten. Sie dient insbesondere dazu, Doppelstrukturen bei neu entstehenden Gruppen zu vermeiden. Eine solche Doppelstruktur kann entstehen, wenn eine Gruppe zunächst eigene Infrastruktur wie Mailadressen, Ablagesysteme oder Webseiten aufbaut, bevor sie sich dem Bundesverband anschließt. Erst nach einem Aufnahmebeschluss kann der Verband entsprechende Infrastruktur bereitstellen – die jedoch gerade in der Gründungsphase dringend benötigt wird und bis dahin eigenständig geschaffen werden müsste.

Gleichzeitig schützt die Regelung den Verband davor, dass Gruppen die Infrastruktur nutzen, ohne sich langfristig zu binden oder tatsächlich Mitglied werden zu wollen. Die Begrenzung der Rechte – insbesondere der Ausschluss vom Stimmrecht – sowie die rückwirkende Aberkennung im Falle einer Ablehnung verhindern eine missbräuchliche Nutzung. Die Verpflichtung, den Antrag auf der nächsten Bundesmitgliederversammlung zu stellen, schafft Verbindlichkeit und stellt sicher, dass die Integration in den Verband ernsthaft verfolgt wird.

Die Möglichkeit, den Antrag zunächst beim Bundesvorstand zu stellen, sichert ein zügiges Verfahren, da damit eine Entscheidung auf der folgenden Bundesmitgliederversammlung zwingend vorgesehen ist.

A6 Keine Wahlaufrufe für einzelne Parteien oder Kandidat*innen - CampusGrün Münster

Einbringung Sebastian (Münster):

bringt den Antrag ein. Es handele sich um eine Nachbereitung, keine Vorbereitung. Außerdem sei es keine Distanzierung, sondern Unterbindung einer Annäherung zur Partei Bündnis 90 / Die Grünen. Man habe dem Bundesvorstand vertraut, dieses Vertrauen sei missbraucht worden, der Antrag sei die Konsequenz. Es müsse jetzt einmal klar gesagt werden, wie das Verhältnis zu den Grünen sei.

Gegenrede Constantin (BuVo, Leipzig):

Campusgrün repräsentiere die grünen Hochschulgruppen. Er positioniert Campusgrün als eigene Organisation - wie den Dachverband aller Grünen Parteien im Hochschulbereich, somit auch weiter entfernt als etwa GJ. Der Bundesverband habe aber große Kosten, wodurch man auf die Finanzen der Grünen angewiesen sei. Man habe es bei der GJ gesehen - der Zufluss sei nicht bedingungslos. Man habe sich an die Beschlusslage gehalten: Änderungsanträge ans Wahlprogramm sei Kritik am bisherigen Kurs der Grünen. A6 binde weitere Vorstände, dies habe nichts mit Basisdemokratie vor der nächsten Bundestagswahl zu tun. Dort solle der Verband erneut entscheiden.

[Zwischenruf Präsidium - Zeit]

Nächster BuVo soll entscheiden dürfen, ob sie Geld haben wollen.

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache:

[Person nicht protokolliert] (Münster):

Die Grünen auf Bundesebene sollen bereit zu Austausch sein. Man müsse klarmachen, dass man sich nicht allzu sehr distanzieren wolle. Postkarten mit "Geht wählen" statt "Geht grün wählen" sei in Ordnung. An dem "Grün" störe man sich. Kommunikation laufe über den BuVo.

[Zwischenruf - Zeit]

[Person nicht protokolliert] (Trier):

Es ist nicht klar, in welcher Form sich dies genau auf die Grünen auswirkt. In Trier laufe die Kooperation mit den Grünen gut. Man müsse in irgendeiner Form hinter den Grünen stehen dürfen.

Helena (Potsdam, BuVo):

ÄA des BuVo ermöglicht, dass man sich über Finanzierung Gedanken macht. Der Prüfauftrag gebe dem BuVo Verhandlungsmasse gegenüber den Grünen. Entscheidung werde nur auf die nächste BMV vertagt. ÄA ermöglicht gezieltere Entscheidungen.

GO-Antrag Paul (Heidelberg):

Alle Redebeiträge zulassen.

Es erfolgt keine Gegenrede, der Antrag ist angenommen.

Christian (FU Berlin):

Bei der letzten BMV wurde beschlossen, keine einzelnen Kandidierenden aufzurufen. Dabei bleibt man politisch unabhängig von Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag gilt als nahezu beschlossen.

Ella (BHT Berlin, BuVo):

Findet wichtig, dass man sich im klaren ist, dass Ursprungsantrag den Verband einschränken würde. Handlungsfähigkeit sei eingeschränkt, weniger Möglichkeiten, mit Grünen in Kontakt kommen. Man könne weniger Dialog führen. Ella zählt Projekte auf, bei denen man auf Grüne einwirke. [Zwischenruf Präsidium - Zeit] Man solle die Zukunft gestalten können, wie man es möchte.

Paul (Heidelberg):

Was sind progressive Listen? Antrag binde die Hände des Bundesvorstands. Wahlauf Ruf könne auch differenziert gemacht werden. Verbote seien für einen vielfältigen Verband nicht angemessen. Dieser Kurswechsel wird sicher von den Grünen bemerkt. Paul spricht sich für BuVo-ÄA aus. Entscheidung sei aktuell überstürzt.

Esther (Köln):

Beide Seiten seien nachvollziehbar. Kompromissvorschlag. Prüfung sei aber nur "Vertröstung" der BMV. Vorbeugung: "Ergebnisse sollen umfassend dargelegt werden." Dann könne nächste BMV abgestimmt werden.

Sebastian (Münster):

Man könne auch Einfluss auf Grüne nehmen, ohne Wahlwerbung. Es sei kein Verbot, wenn die Mitgliedsgruppen dem BuVo zu sagen, was er für die Mitgliedsgruppen tun soll. Man will sich nicht vertrösten lassen.

Niki (Köln):

Warten gibt der Partei Macht, zu drohen, Gelder zu streichen. Unabhängig hieße, auf eigener Basis Entscheidungen zu treffen, ohne sich Dinge von Parteien vorschreiben zu lassen.

Wenn es Finanzprobleme gibt, könne auf nächsten BMV nachkorrigiert werden.

Constantin (Leipzig, BuVo):

Bedankt sich für konstruktive Debatte. Prüfauftrag sei kein Vertrösten. Wie will man diesen Prüfauftrag umsetzen? Man wolle Gutachten für das nächste BMV schreiben. Man wisse nicht, ob Bündnis 90/Die Grünen die Finanzierung einschränken wolle. Prüfen: welche alternative Finanzierungsmöglichkeiten bestehen? Sichert zu, dass eine objektive Prüfung passieren werde. Sieht Schlussstrich schon gezogen. Man solle nicht mit B90 streiten, da sie finanzieren. An Köln: Nachkorrigieren der Verbandsrichtung würde allerdings die Verhandlungsposition massiv verkürzen.

Malte (Lübeck):

Man sollte sich mit B90 streiten können. Unabhängig bedeutet auch finanziell. Man solle die Möglichkeit offenhalten, Wahlwerbung zu machen, wenn B90 Politik macht, die wir haben wollen. Aktuell eher nicht.

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über den Änderungsantrag Ä1

Ä1 zu A6 (Campusgrün Bundesvorstand)

Von Zeile 1 bis 4 einfügen:

Die 51. BMV möge den Bundesvorstand von Campusgrün sowie den Verein Campusgrün Bildungswerk prüfen lassen, wie sich ein Beschluss über folgenden Sachverhalt auswirkt:

*„Die 51. BMV möge beschließen, dass der Bundesverband CampusGrün nicht zur Wahl einzelner Parteien oder Kandidat*innen aufruft, soweit in der betreffenden Wahl noch andere progressive Parteien oder Kandidat*innen zur Wahl stehen. Ein Aufruf zum Wählengehen bleibt davon unberührt.“*

Der Bundesvorstand legt der 52. BMV ein entsprechendes Gutachten vor und schlägt auf dessen Grundlage einen Beschluss vor.

Der Antrag wird mit deutlicher Mehrheit **abgelehnt**.

Ä2 zu A6 (CampusGrün Münster)

Modifizierte Übernahme:

Die 51. BMV möge beschließen, dass der Bundesverband CampusGrün **ohne ausdrückliche Zustimmung** der Bundesmitgliederversammlung nicht zur Wahl einzelner Parteien oder Kandidat*innen aufruft, soweit in der betreffenden Wahl noch andere progressive Parteien oder Kandidat*innen zur Wahl stehen. Ein Aufruf zum Wählen gehen bleibt davon unberührt.

Das hat nicht zu bedeuten, dass der Verband sich von den Bündnisgrünen als uns nahestehender Partei distanzieren. Der Verband bemüht sich weiterhin studentische Perspektiven in die Partei einzubringen und darf auch im Wahlkampf begleiten. Dabei stehen, sich teils mit Bündnisgrün überschneidende, Werte und Forderungen der Campusgrünen im Vordergrund.

Begründung ÄA: Mit der Änderung wollen wir der Sorge begegnen, dass sich der Beschluss negativ auf unser Verhältnis zu den Grünen auswirkt. So betonen wir auch nochmal im Antragstext, was wir bisher nur in unser Begründung stand.

Der Änderungsantrag Ä2 zu A6 von Campusgrün Münster wird durch Campusgrün Münster modifiziert übernommen. Neue Antragsversion 2.

Endabstimmung

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über A6.

Der Antrag wird mit deutlicher Mehrheit bei vereinzelt Enthaltungen und Nein-Stimmen angenommen.

Applaus.

Titel: Keine Wahlaufufe für einzelne Parteien oder Kandidat*innen

Kürzel: A6

Version: 2

Antragstext:

Die 51. BMV möge beschließen, dass der Bundesverband CampusGrün ohne ausdrückliche Zustimmung der Bundesmitgliederversammlung nicht zur Wahl einzelner Parteien oder Kandidat*innen aufruft, soweit in der betreffenden Wahl noch andere progressive Parteien oder Kandidat*innen zur Wahl stehen. Ein Aufruf zum Wählen gehen bleibt davon unberührt.

Das hat nicht zu bedeuten, dass der Verband sich von den Bündnisgrünen als uns nahestehender Partei distanzieren. Der Verband bemüht sich weiterhin studentische Perspektiven in die Partei einzubringen und darf auch im Wahlkampf begleiten. Dabei stehen, sich teils mit Bündnisgrün überschneidende, Werte und Forderungen der Campusgrünen im Vordergrund.

Begründung:

Die einzelnen Mitgliedsgruppen unterscheiden sich bei Fragen der Nähe zur Partei Bündnis 90/Die Grünen teils deutlich. Zwar stehen wir als Verband den Grünen nahe, bei den Fragen, was das für unsere konkrete politische Arbeit auf der Bundesebene bedeutet, müssen aber Grenzen abgesteckt werden, damit der Verband weiter ein Verband für alle Mitgliedsgruppen bleiben kann. Der Bundesverband kann weiter seine inhaltliche und organisatorische Nähe zur Partei nutzen, um unsere Anliegen in den Gremien der Partei anzubringen. Vor dem Hintergrund des starken Rechtsrucks in unserer Gesellschaft, der in einigen Fragen auch vor den Grünen nicht Halt gemacht hat, müssen wir respektieren, dass viele Mitglieder aktuell die Grünen nicht bedingungslos unterstützen können und wollen. Deshalb muss in beiden Richtungen auf zu starke Positionierungen verzichtet werden. CampusGrün ist weder der Ort, an dem eher kritische Stimmen ihre Kritik an den Grünen groß öffentlich nach außen tragen, noch darf CampusGrün einfach undifferenziert und unkritisch Wahlkampf für die Grünen machen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

A7 Autonomie der Mitgliedsgruppen - CampusGrün Münster

Einbringung durch Sebastian (CG Münster):

Die Entscheidung, inwiefern man als grüne HSG wahrgenommen werden wolle, obige einzelnen MGs. Sieht kein Problem mit Finanzierung und spricht sich deswegen gegen BuVo-ÄA aus.

Gegenrede (Constantin, BuVo):

Außenwirkung sei unhaltbar, lobt aber, dass der Antrag nach Verhandlung zumindest positiver formuliert wurde. Dennoch schränkt A7 die Arbeit des Bundesvorstands massiv in Lobbytätigkeit ein. Diese Vorgehensweise sein grundsätzlich Geboten, spricht man mit jedoch u.a. mit Abgeordneten im Bundestag, schränke A7 ein - MdB sei auch Mitglied eines Kreisverbands.

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache:

[Person nicht protokolliert] (Lüneburg):

Jede andere Vorgehensweise dürfe eigentlich nicht passieren.

Niki (Köln):

Spricht Vorrednerin zu. Weist auf letzte BMV hin, wo Beschlüsse uneinheitlich ausgelegt wurden. Spricht sich dementsprechend für mehr Klarheit aus.

[Person nicht protokolliert] : Es müsse die Möglichkeit geben, solche Anträge zu stellen, um entsprechende Fälle zu verhindern.

Ä1 zu A7 (Campusgrün Bundesvorstand)

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Die 51. **BMV möge den Bundesvorstand von Campusgrün sowie den Verein Campusgrün Bildungswerk prüfen lassen, wie sich ein Beschluss über folgenden Sachverhalt auswirkt:**

„Die 51. BMV möge beschließen, dass der Bundesverband nicht von sich aus Kontakt zu Kreis- oder Ortsverbänden der Partei Bündnis 90/Die Grünen aufnimmt, wenn es

Von Zeile 8 bis 9 einfügen:

Bei KVs/OVs, in deren Gebiet sich mehrere Mitgliedsgruppen befinden, sollte eine Lösung im Austausch aller Mitgliedsgruppen gefunden werden.“

Der Bundesvorstand legt der 52. BMV ein entsprechendes Gutachten vor und schlägt auf dessen Grundlage einen Beschluss vor.

Constantin (Leipzig, BuVo) stellt den Änderungsantrag vor:

Es sei die gleiche Argumentation wie bei A6. Der Bundesvorstand möchte einen Prüfantrag haben. Wir können die Auswirkungen nicht klar sagen und müssten unsere gesamte Verwaltungspraxis überarbeiten.

Gegenrede Esther (Köln):

Es soll ein Prüfausschuss gebildet werden, um die MGs mehr einzubinden.

Alexandra (Passau):

Fragt, warum ein Prüfantrag gewünscht ist. Alexandra könne sich nicht vorstellen, dass dies aus Angst vor Entzug von Finanzmitteln passiere.

Sebastian (Münster):

Bei diesem Antrag ergebe ein Prüfverfahren keinen Sinn. Es sei nicht peinlich, diesen Antrag zu verabschieden. Finanzielle Schwierigkeiten sollen nicht entstehen.

Helena (Potsdam, BuVo):

Hat Finanzbedenken. Man würde nicht jede Woche 30 KVs kontaktieren. Mna habe bei den Postkarten Fehler eingestanden. Man solle sich über die Auswirkungen eines solchen Antrags Gedanken machen.

Niki (Köln):

Man wolle als unabhängige Gruppe nicht automatisch die Grüne kontaktieren.

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über den Änderungsantrag Ä1

Der Antrag wird mit deutlicher Mehrheit **abgelehnt**.

Ä2 zu A7 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 1 bis 9:

Die 51. BMV möge beschließen, ~~dass~~ :
Wenn der Bundesverband ~~nicht von sich aus~~ Kontakt zu Kreis- oder Ortsverbänden der Partei Bündnis 90/Die Grünen ~~aufnimmt, wenn aufnehmen möchte und~~ es in dem Gebiet des KVs oder OV's eine aktive Mitgliedsgruppe des Bundesverbands gibt ~~und~~, **muss** diese ~~nicht~~ zuvor mit einem angemessenen zeitlichen Abstand kontaktiert ~~wurde werden~~. Gegen den Willen einer Mitgliedsgruppe ~~darf~~ **findet** keine Kooperation mit dem dazugehörigen KV/OV und keine Aktion des Bundesverbands selbst auf dem Gebiet ~~stattfinden statt~~.

Bei KV's/OV's, in deren Gebiet sich mehrere Mitgliedsgruppen befinden, sollte eine Lösung im Austausch ~~aller~~ **mit allen** Mitgliedsgruppen gefunden werden.

Begründung: Uns wurde die Rückmeldung gegeben, dass unser Antrag in der bisherigen Fassung zu negativ formuliert sei. Diese Kritik sehen wir! Deshalb haben wir die Formulierung „Der BuVo nimmt nicht Kontakt auf außer...“ überarbeitet und durch eine positivere Wendung ersetzt: „Wenn der BuVo Kontakt aufnimmt, dann nur, wenn ...“. Wir hoffen, dass der Antrag dadurch sprachlich entschärft und der Ton konstruktiver wird. Inhaltlich halten wir jedoch weiterhin daran fest, dass der erste Schritt in solchen Prozessen immer auf die Mitgliedsgruppen zugehen muss.

Der Änderungsantrag Ä2 zu A6 von Campusgrün Münster wird durch Campusgrün Münster modifiziert übernommen. Neue Antragsversion 2.

In diesem Moment betritt das Orgateam die Versammlung mit leckerer Pizza. Alle freuen sich.

Endabstimmung

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über A7.

Der Gesamtbetrag wird mit deutlicher Mehrheit und bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen **angenommen**.

Titel: Autonomie der Mitgliedsgruppen

Kürzel: A7

Version: 2

Antragstext:

Die 51. BMV möge beschließen:

Wenn der Bundesverband Kontakt zu Kreis- oder Ortsverbänden der Partei Bündnis 90/Die Grünen aufnehmen möchte und es in dem Gebiet des KVs oder OV's eine aktive Mitgliedsgruppe des Bundesverbands gibt, muss diese zuvor mit einem angemessenen zeitlichen Abstand kontaktiert werden. Gegen den Willen einer Mitgliedsgruppe findet keine Kooperation mit dem dazugehörigen KV/OV und keine Aktion des Bundesverbands selbst auf dem Gebiet statt.

Bei KV's/OV's, in deren Gebiet sich mehrere Mitgliedsgruppen befinden, sollte eine Lösung im Austausch mit allen Mitgliedsgruppen gefunden werden.

Begründung:

Die Mitgliedsgruppen genießen Autonomie. Gerade bei der Frage von Zusammenarbeit mit den Grünen unterscheiden sich die Mitgliedsgruppen in einem so vielfältigen Verband wie unserem teils deutlich. Die Entscheidungen der Mitgliedsgruppen, ob und in welchem Umfang sie mit den Grünen zusammenarbeiten wollen, sollten nicht durch den Bundesverband beeinflusst werden. Auch die Frage, wie stark man in der Studierendenschaft als Vertreter der Grünen wahrgenommen werden möchte, sollte jede Mitgliedsgruppe für sich entscheiden können. Auf diese Fragen können aber Kooperationen zwischen dem Bundesverband und den Grünen vor Ort großen Einfluss haben. Daher sollte das nur nach vorheriger Absprache und im Einvernehmen mit der lokalen Mitgliedsgruppe geschehen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Das Präsidium unterbricht für ca. 10 Minuten zur Beratung, ob der Antrag satzungskonform ist. Ein Präsidiumsmitglied trägt vor: Der Bundesvorstand soll qua Satzung Campusgrün gegenüber Bündnis 90 / Die Grünen vertreten. Dies sei hier fraglich. Das Präsidium vertagt die Entscheidung hierüber auf Sonntag.

GO-Antrag Elia (Köln):

Verlängerung der Sitzung über 20:30 hinaus, um weitere Anträge diskutieren zu können. Das Präsidium berät sich darüber.

Es erfolgt keine Gegenrede, der Antrag ist angenommen.

A8 Queere Bildungspolitik an Hochschulen fördern und strukturelle Diskriminierung bekämpfen! (CampusGrün Münster)

Es erfolgt ein weiterer Präsidiumswechsel. Maximilian (Bochum) und Patricia (Leipzig) leiten die Sitzung.

GO-Antrag Sebastian (Münster):

A9-A11 vertagen.

Gegenrede [Person nicht protokolliert].
Formal.

Mit deutlicher Mehrheit ist der GO-Antrag angenommen.

Einbringung durch Lisa (Münster):

Aktuell ist es eine gesellschaftliche Realität, dass FLINTA* und Queere Personen unterdrückt werden. Sie sollen mehr zu Wort kommen. Außerdem soll auf gendergerechte Sprache und Quotierung geachtet werden.

Es gibt keine Gegenrede

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache:

Elia (Köln):

bedankt sich für die Arbeit von Münster.

Janne (Lüneburg):

Bedankt sich und wirbt dafür, dass möglichst viele Mitgliedsgruppen den Antrag bei sich an der Hochschule einbringen.

Ä1 zu A8 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 13 bis 15 löschen:

akademischen Führungspositionen massiv unterrepräsentiert. Wir fordern eine **verpflichtende** Quotierung auf allen Ebenen der Hochschule, insbesondere bei der Vergabe von Professuren. Diese Maßnahme ist nicht nur

Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

Quotierung studentischer Gremien: Listen, die mehrheitlich **cis**-männliche Kandidaten aufstellen, sollen nicht unkommentiert zu Wahlen studentischer

Von Zeile 34 bis 37:

Sensibilisierung in der Lehramtsausbildung: **Lehramtsstudiengänge** **insbesondere in Lehramtsstudiengängen** müssen **verpflichtende** Veranstaltungen zum Umgang mit queeren Personen **im Schulkontext verpflichtend Teil des Studiums werden**. **Zukünftige Lehrer*innen müssen Schüler*innen verdienen** **Lehrkräfte, die** in der Lage **seinsind**, ein **offenes**, inklusives und unterstützendes Umfeld zu schaffen. **Unser Bildungssystem ist einer der Orte, an dem wir ansetzen müssen, um künftige Generationen zu sensibilisieren und langfristig gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben.**

Von Zeile 55 bis 62:

Kulturelle Angebote mit queerer Perspektive: **Kultursemestertickets** **Kulturelle Angebote** müssen **auch** queere **Angebote** **Perspektiven** beinhalten und darauf ausgelegt sein, feministische Perspektiven zu fördern. **Durch die Einbindung solcher** **insbesondere müssen solidarisch finanzierte** Angebote **kann** **allengeschaffen werden (z.B. durch Kultursemestertickets), um** Studierenden kostengünstig oder kostenlos Zugang zu machtkritischen Perspektiven **ermöglicht werden zu ermöglichen.**

Der Bundesvorstand **wird beauftragt, sowie die Mitgliedsgruppen werden damit beauftragt** diese Forderungen in **die ihre** politische Arbeit **von CampusGrün auf Bundesebene** einfließen zu lassen und **sie** gegenüber **den zuständigen**

bildungspolitischen Akteur*innen zu vertreten, **um Stück für Stück strukturelle Diskriminierung zu bekämpfen.**“

Die Antragstellenden übernehmen Ä1. Neue Antragsversion 2.

Ä2 zu A8 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 18 bis 20 einfügen:

Gendergerechte Sprache: In der Lehre sowie in Studienleistungen und wissenschaftlichen Arbeiten muss gendergerechte Sprache **allen Studierenden nahegelegt und da, wo möglich,** verpflichtend werden. Hochschulen sollen durch klare Positionierung dafür Sorge tragen,

Begründung: Wir fordern auch die Förderung von gendersensibler Sprache an Universitäten und in der Lehre. Leider ist eine Verpflichtung dessen aber nicht in allen Studiengängen rechtlich möglich. Damit der Antrag nicht durch diesen Punkt rechtlich eingeschränkt wird, sprechen wir uns hier für die Differenzierung dessen aus.

Die Antragstellenden übernehmen Ä2. Neue Antragsversion 3.

Ä3 zu A8 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 36 bis 38 einfügen:

Lehramtsstudiengängen müssen Veranstaltungen zum Umgang mit queeren Personen **einführen** im Schulkontext verpflichtend Teil des Studiums werden. Schüler*innen verdienen Lehrkräfte, die in der Lage sind, ein offenes,

Die Antragstellenden übernehmen Ä3. (Version 3 -> 4).

Ä4 zu A8 (GHG Würzburg)

Von Zeile 24 bis 27:

Quotierung studentischer Gremien: Listen, die mehrheitlich cis-männliche Kandidaten aufstellen, ~~sollen nicht unkommentiert~~ **zusollten bei** Wahlen studentischer Gremien ~~zugelassen werden~~ **nicht unkommentiert bleiben.** Hochschulgruppen mit nicht-quotierten Listen müssen zumindest eine Begründung vorlegen. Zusätzlich fordern wir gezielte

Die Antragstellenden übernehmen Ä4. (Version 3 -> 4).

Ä5 zu A8 (GHG Würzburg)

Von Zeile 43 bis 46:

Ausschluss diskriminierender Strukturen: Burschenschaften und Verbindungen ~~dürfen nicht mehr als Hochschulgruppen anerkannt werden und sollen keine Räumlichkeiten der Hochschulen zur Verfügung gestellt bekommen.~~ sind aufgrund ihrer diskriminierenden Strukturen nicht förderungswürdig. Daher sehen wir die Universitäten in der Pflicht diese Gruppierungen nicht weiter zu unterstützen und zu fördern.

Als progressive Organisation lehnen wir elitäre Männerbünde mit

Die Antragstellenden übernehmen Ä5.

Ä6 zu A8 (CampusGrün Münster)

Von Zeile 24 bis 28:

Quotierung studentischer Gremien: Listen, die mehrheitlich cis-männliche Kandidaten aufstellen, ~~sollten bei Wahlen studentischer Gremien nicht unkommentiert bleiben. Hochschulgruppen mit nicht-quotierten Listen müssen zumindest eine Begründung vorlegen.~~ sollen nicht zu Wahlen studentischer Gremien zugelassen werden. Zusätzlich fordern wir gezielte Empowerment- und Awareness-Programme, um die hochschulpolitischen Gremien

Ä6 wurde zurückgezogen.

Endabstimmung

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über A8.

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen **angenommen**.

Titel: Queere Bildungspolitik an Hochschulen fördern und strukturelle Diskriminierung bekämpfen!

Kürzel: A8

Version: 5

Antragstext:

Die 51. Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün möge beschließen:

"Die Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün fordert die flächendeckende Implementierung einer progressiven und queeren Bildungspolitik an deutschen Hochschulen. Wir setzen uns für einen umfassenden Maßnahmenkatalog ein, der strukturelle Diskriminierung Stück für Stück bekämpft und die Gleichstellung aller Geschlechter und sexuellen Identitäten an Hochschulen gewährleistet.

1. **Verbindliche Antidiskriminierungsstellen:** Alle Hochschulen müssen Antidiskriminierungsstellen mit eigenem Budget, Personal und Entscheidungskompetenzen etablieren. Diese sollen ein niedrigschwelliges Beschwerdemanagement, proaktive Präventionsmaßnahmen und Beratungsangebote für von Diskriminierung betroffene Personen bereitstellen.

2. **Quotierung aller Stellen und Professuren:** FLINTA*-Personen sind in akademischen Führungspositionen massiv unterrepräsentiert. Wir fordern eine Quotierung auf allen Ebenen der Hochschule, insbesondere bei der Vergabe von Professuren. Diese Maßnahme ist nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit geboten, sondern auch für qualitativ hochwertige wissenschaftliche Arbeit durch diverse Teams unerlässlich.
3. **Gendergerechte Sprache:** In der Lehre sowie in Studienleistungen und wissenschaftlichen Arbeiten muss gendergerechte Sprache allen Studierenden nahegelegt und da, wo möglich, verpflichtend werden. Hochschulen sollen durch klare Positionierung dafür Sorge tragen, dass sprachlich alle Menschen über binäres Geschlechterdenken hinweg adressiert werden, da Sprache Wirklichkeit schafft.
4. **Quotierung studentischer Gremien:** Listen, die mehrheitlich cis-männliche Kandidaten aufstellen, sollten bei Wahlen studentischer Gremien nicht unkommentiert bleiben. Hochschulgruppen mit nicht-quotierten Listen müssen zumindest eine Begründung vorlegen. Zusätzlich fordern wir gezielte Empowerment- und Awareness-Programme, um die hochschulpolitischen Gremien zu einem Ort zu machen, an dem sich FLINTA* wohlfühlen und engagieren wollen.
5. **Kostenfreie Periodenprodukte:** Alle Hochschulen müssen auf sämtlichen Toiletten in allen universitären Gebäuden ausreichend kostenlose Periodenprodukte zur Verfügung stellen, um Periodenarmut zu bekämpfen und alle menstruierenden Studierenden zu unterstützen.
6. **Sensibilisierung in der Lehramtsausbildung:** Insbesondere in Lehramtsstudiengängen müssen Veranstaltungen zum Umgang mit queeren Personen im Schulkontext verpflichtend Teil des Studiums werden. Schüler*innen verdienen Lehrkräfte, die in der Lage sind, ein offenes, inklusives und unterstützendes Umfeld zu schaffen. Unser Bildungssystem ist einer der Orte, an dem wir ansetzen müssen, um künftige Generationen zu sensibilisieren und langfristig gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben.
7. **Ausschluss diskriminierender Strukturen:** Burschenschaften und Verbindungen sind aufgrund ihrer diskriminierenden Strukturen nicht förderungswürdig. Daher sehen wir die Universitäten in der Pflicht diese Gruppierungen nicht weiter zu unterstützen und zu fördern. Als progressive Organisation lehnen wir elitäre Männerbünde mit nationalistischen, sexistischen und patriarchalen Strukturen entschieden ab.
8. **Mentoring- und Empowerment-Programme:** Hochschulen müssen mehr finanzielle Mittel für Mentoring- und Empowerment-Programme bereitstellen, die FLINTA*-Personen unterstützen. Besonders in MINT-Fächern und auf dem wissenschaftlichen Karriereweg ist ein gezieltes Empowerment notwendig, um Unterrepräsentation zu bekämpfen.
9. **Bildungsveranstaltungen zu Diskriminierungs- und Unterdrückungsverhältnissen:** Hochschulen sollen vermehrt Bildungsveranstaltungen zu Diskriminierungs- und Unterdrückungsverhältnissen anbieten und diese bei Bedarf in thematisch passenden Fachrichtungen verpflichtend einführen, um institutionell Kritik, Reformwille und Reflexionsvermögen zu fördern.
10. **Kulturelle Angebote mit queerer Perspektive:** Kulturelle Angebote müssen queere Perspektiven beinhalten und darauf ausgelegt sein, feministische Perspektiven zu fördern. Insbesondere müssen solidarisch finanzierte Angebote geschaffen werden (z.B. durch

Kultursementertickets), um Studierenden kostengünstig oder kostenlos Zugang zu machtkritischen Perspektiven zu ermöglichen.

Der Bundesvorstand sowie die Mitgliedsgruppen werden damit beauftragt diese Forderungen in ihre politische Arbeit einfließen zu lassen und sie gegenüber bildungspolitischen Akteur*innen zu vertreten, um Stück für Stück strukturelle Diskriminierung zu bekämpfen.“

Begründung:

Als grün-alternative Hochschulgruppen setzen wir uns besonders für queerfeministische Themen ein und fordern, dass diese sich in allen Bereichen des Hochschullebens widerspiegeln. Noch immer werden queere Menschen sowie FLINTA*-Personen diskriminiert. Unsere Hochschulen haben als Bildungsinstitutionen eine besondere Verantwortung, diese Diskriminierung aktiv zu bekämpfen und inklusivere Strukturen zu schaffen.

Die aktuelle Situation an deutschen Hochschulen ist nicht zufriedenstellend. FLINTA*-Personen sind in Führungspositionen und in bestimmten Fachbereichen massiv unterrepräsentiert. Queerfeindlichkeit, Sexismus und andere Diskriminierungsformen gehören leider zum Hochschulalltag vieler Studierender und Beschäftigter. Es fehlt an institutionellen Strukturen, die Betroffene unterstützen und präventiv gegen Diskriminierung vorgehen.

Eine progressive Bildungspolitik muss queere und feministische Perspektiven besonders fördern und berücksichtigen. Nur durch das Beleuchten dieser machtkritischen Perspektiven lassen sich Ungleichheiten und Unterdrückung langfristig überwinden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, um strukturelle Diskriminierung an Hochschulen zu bekämpfen und gleiche Bildungschancen für alle zu ermöglichen.

Die Forderung nach Quotierungen ist dabei kein Selbstzweck, sondern ein notwendiges Instrument, um historisch gewachsene Ungleichheiten zu überwinden. Diverse Teams führen nachweislich zu besseren wissenschaftlichen Ergebnissen und fördern Innovation. Dass Quotierungen funktionieren, zeigen wir bei CampusGrün bereits erfolgreich in unseren eigenen Strukturen. Die Bereitstellung von kostenlosen Periodenprodukten sowie die verpflichtende Einführung von gendergerechter Sprache sind konkrete Maßnahmen, die unmittelbar zu einem inklusiveren Hochschulalltag beitragen können. Gleichzeitig adressieren wir mit der Sensibilisierung in der Lehramtsausbildung auch die zukünftige Bildungslandschaft und tragen so zu einem langfristigen gesellschaftlichen Wandel bei. Der Ausschluss von Burschenschaften und Verbindungen aus dem universitären Raum ist eine notwendige Konsequenz aus deren oft antidemokratischen, sexistischen und elitären Strukturen, die im eklatanten Widerspruch zu den Werten einer diversen und inklusiven Hochschule stehen.

Mit diesem Maßnahmenkatalog wollen wir als CampusGrün einen Beitrag zu einer gerechteren und diskriminierungsärmeren Hochschullandschaft leisten und unsere klare Position für queerfeministische Bildungspolitik verdeutlichen.

A9 Rassismus und Polizeigewalt benennen, bekämpfen und mit Opfern solidarisieren! (CampusGrün Münster)

Einbringung durch (Münster) [Person nicht näher protokolliert]:
[Wortlaut nicht protokolliert]

Es gibt keine Gegenrede

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache. Es befinden sich keine Wortbeiträge in den Redeboxen.

Ä1 zu A9 (GRAS Bochum)

Von Zeile 16 bis 21:

CampusGrün auf Bundesebene und insbesondere gegenüber den zuständigen politischen Akteur*innen Deutschlands Rassismus—~~P~~problem klar zu benennen. ~~Lorenz~~**Lorenz**' Tod zeigt in aller Härte, wie der Kampf gegen Rassismus und insbesondere Polizeigewalt uns in unserer Arbeit prägen muss. Dass Community**ies** die Aufklärung einfordern müssen, damit sie geschieht und dass diese Aufforderung dann von Angehörigen und Aktivist*innen kommt und nicht von Seiten der Politik und

Die Antragstellenden übernehmen Ä1, da redaktionell. Neue Antragsversion 2.

Ä2 zu A9 (LGL Bonn)

Von Zeile 16 bis 18:

CampusGrün auf Bundesebene und insbesondere gegenüber den zuständigen politischen Akteur*innen Deutschlands Rassismus Problem klar zu benennen. ~~Lorenz~~**Lorenz**' Tod zeigt in aller Härte, wie der Kampf gegen Rassismus und insbesondere

Erledigt durch Annahme von Ä1.

Ä3 zu A9 (GHG Würzburg)

Von Zeile 2 bis 9:

“Die Bundesmitgliederversammlung von CampusGrün benennt vorherrschende rassistische Strukturen klar und solidarisiert sich mit den Opfern dieser **Strukturen**. Auch an Hochschulen erleben BIPOC-**Personen** täglich Stigmatisierungen und strukturelle Diskriminierung. Als überwiegend weiße Gruppe müssen wir unsere Privilegien stetig reflektieren und daraus lernen. Dafür ~~müssen~~**sollten** wir uns selbst zurücknehmen aber auch andere Hochschulgruppen, Universitätsleitungen und politische Handlungsträger*innen dazu auffordern. Wir müssen BIPOC-**Personen** zuhören, ihren Forderungen nachkommen und unsere Privilegien nutzen, um Diskriminierung und

Die Antragstellenden übernehmen Ä3. Neue Antragsversion 3.

Ä4 zu A9 (GHG Würzburg)

Von Zeile 18 bis 23:

Tod zeigt in aller Härte, wie der Kampf gegen Rassismus und insbesondere Polizeigewalt uns in unserer Arbeit prägen muss. ~~Dass Communities die Aufklärung einfordern müssen, damit sie geschieht und dass diese Aufforderung dann von Angehörigen und Aktivist*innen kommt und nicht von Seiten der Politik und Behörden ist bezeichnend.~~ Aufklärung wird meistens durch Angehörigen und Aktivist*innen eingefordert, dass Communities dies einfordern müssen und diese Aufklärung nicht von Seiten der Politik und Behörden kommt, ist bezeichnend. Polizeigewalt und rechte Strukturen in Institutionen müssen flächendeckend und öffentlich transparent aufgearbeitet werden.“

Da die Zeit auf der Versammlung nicht ausreichend war, um den Antrag weiter zu behandeln, wurde er gemäß dem beschlossenen GO-Antrag auf die nächste Versammlung vertagt.

A10 Kostenloses Semesterticket jetzt! (CampusGrün Münster)

Einbringung durch (Münster) [Person nicht näher protokolliert]:
[Wortlaut nicht protokolliert]

Es gibt keine Gegenrede.

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache. Es befinden sich keine Wortbeiträge in den Redeboxen.

Ä1 zu A10 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 14 bis 15 einfügen:

auch die Verkehrswende entscheidend voranbringen. Einer von vielen Schritten, die es jetzt zu gehen gilt. **Bis die Forderungen des kostenlosen Nahverkehrs erfüllt sind, muss ein kostengünstiges Deutschlandsemesterticket gewährleistet sein. Dies ist nur durch eine Entkopplung vom Preis des Deutschlandtickets möglich.“**

Die Antragstellenden übernehmen Ä1. Neue Antragsversion 2.

Ä2 zu A10 (GHG Würzburg)

Von Zeile 10 bis 12:

benachteiligten Personengruppen zugutekommt. Daher darf des Semesterticket nicht teurer werden! Im Gegenteil, wir fordern kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr für alle jungen Menschen und Menschen im Niedriglohnsektor in

Begründung des ÄA: Es ist bereits teuer :(

Da die Zeit auf der Versammlung nicht ausreichend war, um den Antrag weiter zu behandeln, wurde er gemäß dem beschlossenen GO-Antrag auf die nächste Versammlung vertagt.

A11 Studentischer Wohnraum? (CampusGrün Münster)

Einbringung durch (Münster) [Person nicht näher protokolliert]:
[Wortlaut nicht protokolliert]

Es gibt keine Gegenrede.

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache. Es befinden sich keine Wortbeiträge in den Redeboxen.

Ä1 zu A11 (campus.grün Lüneburg)

Von Zeile 11 bis 13:

hier probate Mittel, um der Knappheit entgegenzuwirken. Die bestehende Mietpreisbremse muss ~~so weiterentwickelt~~ durch einen Mietendeckel ersetzt werden, sodass Mieter*innen Sicherheit haben, nicht im Zuge von Mieterhöhungen aus finanzieller Not heraus ihre Wohnung

Begründung: Gerade die Wohnungsnot unter Studierenden spitzt sich zu. Verfügbarkeit und Preis einer potenziellen Wohnung dürfen nicht über die Wahl der Studienstadt entscheiden. Dies gilt es zu verhindern.

Die Antragstellenden übernehmen Ä1. (neue Version 1 -> 2)

Ä2 zu A11 (CampusGrün FU Berlin)

Von Zeile 9 bis 12:

zukünftig studentischen Wohnraum in ausreichender Menge und Qualität gibt. Die konsequente Nutzung von leerstehenden Flächen ~~sowie die Nachverdichtung sind hier probate~~, gegebenenfalls durch Enteignung und anschließende Vergesellschaftung, ist ein probates Mittel, um Spekulantentum ein Ende zu setzen und damit der Knappheit Wohnungsnot entgegenzuwirken. Die bestehende Mietpreisbremse muss durch einen Mietendeckel ersetzt werden, sodass

Die Antragstellen übernehmen Ä2 modifiziert ohne das Wort anschließend. (Neue Version 2 -> 3)

Da die Zeit auf der Versammlung nicht ausreichend war, um den Antrag weiter zu behandeln, wurde er gemäß dem beschlossenen GO-Antrag auf die nächste Versammlung vertagt.

D1 Keinen Schritt nach Rechts – Kooperationen und Konsequenzen (campus:grün köln)

Feststellung der Dringlichkeit

Elia (Köln) erhält das Wort:

Campus:grün Köln hat am 13.05 einen Dringlichkeitsantrag gestellt "Keinen Schritt nach Rechts – Kooperationen und Konsequenzen". Dringlichkeit liegt daran, dass die Neueinstufung der AfD eine sehr rezente Entwicklung sei.

Es gibt keine Gegenrede.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über die Dringlichkeit.

Die Satzung schreibt bei Dringlichkeitsanträgen eine Zweidrittelmehrheit vor.

Die Dringlichkeit von D1 wird einstimmig ohne Enthaltung festgestellt.

Einbringung

Das Präsidium erteilt erneut Elia das Wort.

Einbringung durch Elia (Köln):

Jegliche Kooperation mit der AfD sei sowieso abzulehnen, dies gelte auch für Gruppen, die die AfD auf jegliche Art verharmlosen oder sich anders als klar negativ darauf beziehen.

Dies gelte insbesondere auch auf RCDS-/LHG-Verbände, die sich positiv auf die AfD beziehe. Hatte die Gruppe kein Wissen hierzu, soll der Mitgliedsgruppe von Campusgrün die Möglichkeit gegeben werden, die Kooperation abubrechen.

Es gibt keine Gegenrede.

Das Präsidium eröffnet die allgemeine Aussprache.

[Nicht protokolliert]:

Nachfrage: wie es für verpflichtende Kooperationen aussehe, etwa für direkt gewählte studentische Senator*innen.

Köln:

Dies sei so auszulegen, dass Kooperation freiwillig sei. Wenn nicht, könne man das Wort "freiwillig" ergänzen.

Sophie (Bochum):

bedankt sich für den Antrag und plädiert für die Annahme. Man müsse sich auch kritisch mit den eigenen Ordnungen befassen. Dies müsse spezifischer in der Satzung festgehalten werden.

Malte (Lübeck):

Wenn irgendwann der Rechtsruck die Universitäten erreicht, könne es vorkommen, dass die studentischen Interessen nur mit AfD-affinen Akteur*innen durchzusetzen seien.

Elia (Köln):

Dies nehme genau den Sinn aus dem Antrag. Gerade in solchen Situationen solle Kooperation mit Rechtsextremen vermieden werden. Im Zweifel sei es möglich, keinen ASTA zu stellen.

Niki (Köln):

Man solle keinen Schritt nach rechts gehen. Die Brandmauer breche Schritt für Schritt ab. Dazu

Malte (Lübeck):

Es gehe auch um alltägliche, nicht politische Dinge. In diesem Fall sollte es nicht an diesem Antrag scheitern.

GO-Antrag Constantin (Leipzig, BuVo)

Schließung der Redeliste.

Es erfolgt keine Gegenrede, der Antrag ist angenommen.

FU Berlin:

Man enthalte sich in Berlin bei einer linksradikalen Gruppe, die sie unangenehm empfindet.

Esther (Köln):

Es sei keine Zusammenarbeit, wenn Rechtsextreme für den Mülleimer stimmen. Nur, wenn die rechte Gruppe für die Mehrheit gesucht wird.

Elia (Köln):

Man verliere sich gerade zu sehr in Details. Im Einzelfall könne man gut beurteilen, inwieweit eine Zusammenarbeit vorliegt.

Sebastian (Münster):

Die genauen Details seien nicht wichtig. Es solle dem Bundesvorstand der Rücken gestärkt werden, im Einzelfall gegen Mitgliedsgruppen vorzugehen.

Ä1 zu D1 (campus:grün köln)

Der Änderungsantrag Ä1 zu D1 von campus:grün Köln ist eine Globalalternative wird durch Campusgrün Köln übernommen. Neue Antragsversion 2.

Ä2 zu D1 (GRAS Bochum)

Lediglich redaktionelle Änderungen. Die Antragstellenden übernehmen Ä2. Neue Antragsversion 3.

Endabstimmung

Das Präsidium kommt zur Abstimmung über D1.

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen..

Titel: Keinen Schritt nach Rechts – Kooperationen und Konsequenzen

Kürzel: D1

Version: 3

Antragstext:

Die Bundesmitgliederversammlung möge beschließen:

Sollte ein Mitglied des campusgrün Bundesverbandes sich für eine AStA-Koalition, eine StuRa-Beschlussmehrheit oder ein vergleichbares politisches Bündnis mit irgendeiner Hochschulgruppe entscheiden, welche einen positiven personellen, inhaltlichen, finanziellen oder kommunikativen Kontakt zu einem oder mehreren Mitgliedern der AfD pflegt, führt dies dazu, dass eine der nach § 6 Abs. 5 der campusgrün-Satzung dazu berechtigten Instanzen einen Antrag auf Ausschluss der betreffenden campusgrün-Mitgliedsgruppe nach § 6 Abs. 5 der Satzung initiieren darf. Hierfür müssen nicht alle der oben genannten Kriterien eines positiven Kontaktes erfüllt sein, es reicht mindestens eines.

Die Initiierung eines solchen Antrags darf sowohl wie in § 6 Abs. 5 der Satzung beschrieben auf einer Mitgliederversammlung als auch außerhalb einer Mitgliederversammlung geschehen.

In letzterem Fall muss der Antrag in einem digitalen Umlaufverfahren an die einzelnen Mitgliedsgruppen versandt werden. Der Bundesvorstand entscheidet, auf welchem digitalen Weg dieses Umlaufverfahren stattfindet. Der Antrag ist nur gültig, wenn mindestens 20 Prozent der aktiven Mitgliedsgruppen an dem Umlaufverfahren teilnehmen. Die zeitliche Frist für die digitale Abstimmung bestimmt der Bundesvorstand, maximal jedoch 31 Tage. Das für einen Ausschluss benötigte Quorum regelt die Satzung in § 6 Abs. 5.

Sollte das benötigte Teilnahmekorum von 20 Prozent an dem Umlaufverfahren nicht erfüllt werden und der Antrag aus diesem Grund scheitern, bestehen dennoch weiterhin die in § 6 Abs. 5 der Satzung vorgesehenen Möglichkeiten, einen Antrag auf Ausschluss auf einer Bundesmitgliederversammlung zu stellen.

Begründung:

Durch die Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextrem“ durch den Verfassungsschutz verschärft sich auch rechtlich gesehen noch einmal deutlich, was moralisch gesehen ohnehin klar sein sollte: es verbietet sich jede Zusammenarbeit mit der AfD und mit AfD-Hochschulgruppierungen.

Jedoch kann nach unserer Einschätzung auch keine demokratische vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Gruppen bestehen, welche jeglichen positiven Kontakt zur AfD pflegen. Wenn beispielsweise eine RCDS-, LHG oder auch eine parteiunabhängige Hochschulgruppierung positiven Kontakt mit Mitgliedern der AfD pflegt, verhilft sie Rechtsextremen dadurch zu einer Normalisierung. Auch mit solchen Gruppierungen verbietet sich also eine Zusammenarbeit und insbesondere eine Zusammenarbeit in einem studentischen Entscheidungs- und Vertretungsgremium wie dem AStA oder dem StuRa.

Beispiele für solche positiven AfD-Kontakte, welche wir als Normalisierung der Rechtsextremen verstehen: Wahl von AfD-Mitglieder in ein Gremium, wie zum Beispiel einen Ausschuss (personell), positive Abstimmung für einen Antrag, welcher von AfD-Mitgliedern (mit)erarbeitet wurde (inhaltlich), Veranstaltungen, die gemeinsam mit AfD-Mitgliedern finanziert wurden (finanziell), gemeinsame Social-Media-Postings oder Messengergruppen mit AfD-Mitgliedern (kommunikativ)

Für eine solche Zusammenarbeit einer campusgrün-Mitgliedsgruppe, egal ob mit AfD-Hochschulgruppierungen oder mit Hochschulgruppierungen mit positiven AfD-Kontakt, muss es bei campusgrün schnelle Konsequenzen geben können, weswegen wir eine Ausschlussmöglichkeit einer aktiven Mitgliedsgruppe auch außerhalb der Mitgliederversammlungen ermöglichen wollen, solange genügend Mitgliedsgruppen in diesen Prozess eingebunden werden. Da 20 Prozent aller Mitgliedsgruppen laut Satzung auch auf einer Mitgliederversammlung notwendig wären, um einen Ausschluss zu beantragen, sehen wir dieses Teilnahmekorum als genügend an.

Desweiteren schärfen wir mit diesem Beschluss unserer Ansicht nach unsere Standfestigkeit gegen Rechts, da wir jetzt auch bei demokratischen Hochschulgruppierungen diejenigen als mitverantwortlich am Rechtsruck benennen, welche jegliche positive Zusammenarbeit mit der AfD pflegen.

Wir geben auch den einzelnen Mitgliedsgruppen vor Ort eine weitere inhaltliche Grundlage an die Hand, den Ausschluss einer Zusammenarbeit mit Hochschulgruppierungen zu begründen, die positive Kontakte zur AfD unterhalten, selbst wenn diese Gruppen bei studentischen Wahlen stark abschneiden sollten.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit begründet sich dadurch, dass die Frist für Anträge am 02.05.2025 lag und die Einschätzung des Verfassungsschutzes ebenfalls am 02.05.2025 veröffentlicht wurde.

Dadurch, dass die Einschätzung des Verfassungsschutzes die Notwendigkeit einer schnellen Handlungsfähigkeit bei einer Zusammenarbeit mit AfD-Sympathisant*innen und AfD-Nahen jeglicher Art noch einmal verdeutlicht hat und sich angesichts der kurzen Zeitspanne zwischen Veröffentlichung und Antragsfrist kein Antrag formulieren und durch die Gruppe vor Ort basisdemokratisch beschließen ließ, begründet sich die Dringlichkeit.

Das Präsidium (Patricia) schließt die Sitzung und wünscht einen angenehmen Abend beim ESC.

Top 6: Gruppenfoto im Park

Wurde auf den nächsten Tag verschoben.

Top 7: Kennenlernen, Essen & ESC-Party

Wurde auf den nächsten Tag verschoben.

Das Präsidium beruft Weiterführung der Versammlung auf
Sonntag, 18. Mai 2025 um 10 Uhr ein.

Top 8: Workshop-Phase und Dankesworte

Hochschulwahlkampf

Helena (BuVo) berichtet vom Workshop zum Hochschulwahlkampf, bei dem viele Ideen gesammelt wurden. Der Bundesvorstand wird diese Ideen zusammentragen, aufbereiten und den Mitgliedsgruppen zur Verfügung stellen. Außerdem kann der BuVo die Mitgliedsgruppen im Wahlkampf durch Unterstützung bei Design, Materialien oder anderen Kampagnenelementen begleiten.

Für Rückmeldungen steht eine pinke Box bereit. Helena weist zudem auf die Newsletter-Gruppe hin; die entsprechenden Unterlagen liegen vorn neben der Anmeldung. Zusätzlich gibt es eine weitere Vernetzungsgruppe, die den Austausch zwischen BuVo und den Mitgliedsgruppen-Vorständen erleichtert.

Social Media Workshop

Constantin (BuVo) bedankte sich bei Paul für die Durchführung der Workshops.

Satzungs- und Geschäftsordnungs-Workshop

Im Workshop wurden die 24 Seiten der Satzung durchgegangen. Dabei stand die Initiative im Vordergrund, zu überlegen, welche Änderungen gewünscht sind. Auch wurde die Parallelstruktur Verband / Verein thematisiert. Das weitere Verfahren bespricht der BuVo und wird bei der kommenden BMV mitgeteilt.

Elia (Präsidium):

bedankt sich für Workshops.

Helena und Constantin (Bundessprecher:innen) bedanken sich bei

- Anna (Geschäftsstelle), für die Arbeit im Hintergrund
- Marco (Geschäftsstelle) für die Organisation
- Paul für Social Media

Präsidium bedankt sich beim BuVo für die inhaltliche Organisation.

Lou bedankt sich bei CG Leipzig für die lokale Orga.

Lou bedankt sich bei den Delis.

Helena bedankt sich beim Präsidium für die souveräne Behandlung der vielen (Änderungs-)anträge.

Top 9: Grußwort fzs

Lisa ist aus Dresden nach Leipzig gereist, um von der aktuellen Situation zu berichten. Sie begrüßt die Befassung mit der Sparpolitik im Leitantrag und erläutert die problematische finanzielle Lage vieler Studierender: Drei von vier Studierenden seien armutsgefährdet. Sie fordert eine Verbesserung des BAföG und kritisiert die Bundesregierung dafür, bislang keine sinnvollen Maßnahmen umgesetzt zu haben. Die bisherigen Ansätze kämen viel zu spät und seien lediglich unter dem Deckmantel besserer Aussichten für die Zukunft präsentiert. Ihre Bewertung der Situation lautet daher „Note 5“.

Besondere Sorge bereitet Lisa die geplante Kürzung der Mittel für Studierendenwerke (STW) in Sachsen. Dies könnte zu einer Erhöhung der Semesterbeiträge um bis zu 50 € führen, gleichzeitig würden Personalstellen abgebaut und die Mieten steigen. In Dresden habe bereits eine Demonstration mit rund 800 Studierenden stattgefunden, um gegen diese Kürzungen zu protestieren. Lisa bezeichnet die Situation als Skandal und weist darauf hin, dass dies nur ein Spiegelbild der bundesweiten Entwicklungen sei – auch in anderen Städten seien Mittel gekürzt worden. Sie betont, dass studentischer Protest gegen diesen „Bildungsschlussverkauf“ dringend notwendig sei. Die Armut wirke sich zudem negativ auf den Studienerfolg aus. Darüber hinaus müssten auch Sanierungen von Universitätsgebäuden und Mensen konsequent vorangetrieben werden.

Der fzs vertritt die Haltung, dass Bildung keine Ware sein darf. Dazu zählen insbesondere bezahlbares Wohnen und elternunabhängiges BAföG.

Abschließend äußert Lisa ihre Freude über die Zusammenarbeit mit Campusgrün.

Helena (Potsdam, BuVo)

lobt fzs als Bündnispartner. Man habe die gleichen Ziele, habe gemeinsam einen offenen Brief geschrieben und wirke sich in Bündnis 90 / die Grünen ein.

Janne (Lübeck):

Fragt nach einer Vorstellung des fzs - was ist der fzs?

Lisa (fzs):

Stellt fzs als bundesweite Studierendenvertretung vor. Man mache viel Lobbyarbeit, um studentische Themen bemerkbar zu machen.

Calvin (Dortmund):

Welche Parteien und welche Ministerien?

Lisa (fzs):

Primär Linke, Grüne, SPD. Auf keinen Fall AfD. Früher FDP. Aktuell Ministerium für Forschung und Raumfahrt.

Constantin (Leipzig, BuVo):

Bittet Lisa nochmals, die Struktur des Vereins für die Mitglieder zu erklären

Lisa (fzs):

Man strukturiert sich als Verein und finanziert sich tatsächlich über Mittel der Mitglieder, BMBF Fördermittel

Elia (Köln):

Wie viele Mitglieder?

Lisa (fzs):

101. Auf der Mitgliederversammlung (MGV) hat jede Gruppe (Delegation) vier Delegierte. Das Stimmgewicht richtet sich nach der Größe der Hochschulgruppe. Die Aufnahme der Mitgliedschaft muss vom AStA beschlossen werden.

[unklar]:

Warum sollen möglichst viele Mitglied werden?

Lisa (fzs):

Man ist die einzige große Lobby für Studis. Mehr Unterstützung ist gut.

[unklar]:

Welche Lobbyformate funktionieren? Was kann man CG empfehlen?

Lisa (fzs):

Gespräche mit Abgeordneten, Arbeitskreise.

Lou (FU Berlin, BuVo):

Bildungsschlussverkauf? Wie funktioniert Kampagne?

Lisa (fzs):

Lisa erläutert das Thema und betont die Bedeutung dezentraler, kleinerer Formate zur Unterstützung studentischen Engagements. Als Beispiel nennt sie einen offenen Brief in Passau. Der fzs unterstützt das Engagement an einzelnen Hochschulen und möchte Studierende vor Ort stärken. Zudem kündigt sie eine bevorstehende Protestwoche an, um auf die Anliegen der Studierenden aufmerksam zu machen. Begleitend dazu wird eine Umfrage durchgeführt, um die Meinungen und Bedarfe der Studierenden zu erfassen.

Helena und Constantin bedanken sich bei Lisa und laden sie ein, nach der BMV noch im Vorstand weitere Themen zu besprechen.

Das Präsidium verkündet einen Nachtrag zur Entscheidung bzgl. A7 vom Vortag: es werden keine Maßnahmen bzgl. A7 vorgenommen.

Esther (Köln):

Was heißt das?

Präsidium:

Die Prüfung auf Satzungskonformität ist erfolgt. Der Beschluss konnte so gefasst werden.

Top 10: Abschluss & Verabschiedung

Das Präsidium schließt um 14:05 Uhr die 51. Mitgliederversammlung.